

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die vierspalt. Pottzelle oder deren Raum 60 Pfg.  
Veranlagungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Der Gewerkschaftskongress in Hamburg.

Am 22. Juni nimmt der sechste deutsche Gewerkschaftskongress in Hamburg seine Beratungen auf. In Hamburg, auf klassischem Boden der deutschen Arbeiterbewegung. Dort befand sich schon in den sechziger Jahren die Leitung der sozialdemokratischen Partei und einiger Gewerkschaften, unter anderen auch der Holzarbeitergewerkschaft. Von Hamburg aus wurden auch unter dem Sozialistengesetz die lebhaftesten Anstrengungen zur Gründung gewerkschaftlicher und politischer Organisationen gemacht. Vor allem aber bildeten die organisatorischen Bestrebungen der Hamburger Arbeiterschaft Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts für die Arbeiter allenthalben eine Quelle großer gewerkschaftlicher Erfolge. Der Gedanke der beruflichen Gewerkschaftsorganisationen auf zentralistischer Grundlage fand von Hamburg aus seine eifrigste Förderung. In weiten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft galt vor zwanzig und vor zehn Jahren noch der Hamburger Arbeiter als der Musterarbeiter schlechthin, dem man immer nachstreben mußte. Als Schreiber dieser Zeilen vor reichlich zwanzig Jahren in einer von der modernen Arbeiterbewegung wenig berührten Kleinstadt in die Anfangsgründe des edlen Tischlerhandwerks eingeweiht wurde, da boten ihm in der Lehrlingsmisere, die er durchkosten mußte, die Erzählungen der Gesellen von der Tüchtigkeit und der geachteten Stellung der Hamburger Arbeiter und den vielen gewerkschaftlichen Kämpfen, die sie zu bestehen hatten, manchen Lichtblick. Der Hamburger Kollege, das war der selbstbewußte Mann der Arbeit, der auf anständigen Lohn sah und der auch sonst wußte, was sich für einen anständigen Arbeiter gehörte. Hamburg war auch das Ziel jedes wandernden Gesellen und Arbeiters. Und manches gute Beispiel aufopfernder Hingabe der Hamburger Arbeiter an die proletarische Sache wurde erzählt, wenn es galt, in der Werkstatt und im geselligen Kreise der Kollegen für die Organisation zu wirken.

Wenn Hamburg heute im Empfinden des deutschen Arbeiters wie in der deutschen Arbeiterbewegung auch nicht mehr jene überragende Bedeutung hat wie noch vor 15 und 20 Jahren, so brauchen sich die Hamburger Arbeiter über diese Entwicklung sicher nicht zu beklagen, im Gegenteil, sie können darauf mit einem gewissen Stolz zurückblicken. Hier zeigen sich die guten Früchte der zuerst in Hamburg zielbewußt und auf breiter Grundlage begonnenen Organisationsarbeit. Allenthalben hat man den Hamburgern nachgeahmt; die Hamburger Gewerkschafter haben in allen Teilen des Reichs gute Schüler gefunden, und überall haben sich starke Organisationen entwickelt, wie sie gleich zielbewußt und stark vor 15 und 20 Jahren nur in Hamburg möglich waren. Immerhin sind auch heute noch die Hamburger Gewerkschaften in ihrer Stärke unverletzt. Waren doch Ende des letzten Jahres nicht weniger denn 9518 Arbeiter in Hamburg-Altona freigewerkschaftlich organisiert. Es dürfte kaum eine zweite Stadt in Deutschland geben, die einen gleich hohen Prozentsatz der beschäftigten Arbeiter in den Gewerkschaften organisiert hat.

Es gereicht den deutschen Gewerkschaften zur besonderen Ehre, daß sie in den Mauern dieser Stadt tagen dürfen, die einen so großen Einfluß auf ihre Entwicklung ausgeübt hat und wo auch 12 Jahre lang die Generalkommission ihren Sitz hatte.

Unsere gewerkschaftliche Bewegung hat sich besonders in den letzten Jahren außerordentlich günstig entwickelt. Als Genosse Bismarck es vor drei Jahren in Köln als das Ziel der freien Gewerkschaften bezeichnete, ihre Mitgliederzahl bis zum Hamburger Gewerkschaftskongress von 1.200.000 auf 2.000.000 zu steigern, da haben wohl die meisten Teilnehmer des Kölner Kongresses ihrem Zweifel darüber Ausdruck gegeben, daß es gelingen werde, dieses Ziel zu erreichen. Und doch ist es annähernd erreicht worden, denn um nicht weniger als 700.000 Mitglieder haben sich die freien Gewerkschaften vermehrt, und sicher hätten sie jetzt eine Mitgliederzahl von 2.000.000 zu verzeichnen, hätte nicht die im letzten Jahre mit solcher Wucht einsetzende wirtschaftliche Krise die gewerkschaftliche Werbearbeit so sehr erschwert.

Jedenfalls ist das Resultat unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit der letzten drei Jahre ein überraschend günstiges. Welch große Erfolge haben unsere Gewerkschaften aber auf organisatorischem Gebiete erreicht, ziehen wir einen Vergleich zwischen dem Stand der gewerkschaftlichen Bewegung in der Zeit des ersten, des Gewerkschaftskongresses in Halberstadt und dem Stand von heute. In Halberstadt mußten die freien Gewerkschaften 287.028 Mitglieder; zusammen hatten alle Zentralverbände im Jahre 1892 eine Einnahme von 2.081.992 und einen Kassenbestand von 646.415 M. Jetzt haben unsere Zentralverbände rund 1.900.000 Mitglieder, sie verzeichneten im letzten Jahre eine Gesamteinnahme von 51.896.784 M. und verfügen über ein Vermögen von 33.242.545 M. Es dürfte kaum eine Bewegung geben, die eine gleich günstige Entwicklung genommen hat wie die deutsche Gewerkschaftsbewegung.

Selbstverständlich sind mit den Organisationen auch ihre Erfolge, ist ihr Einfluß auf die deutsche Arbeiterschaft gewachsen. Das zeigt sich an der Besserung der Arbeitsverhältnisse, das zeigt sich an der sittlichen und materiellen Hebung der deutschen Arbeiterklasse. Unsere Gewerkschaften haben sich zu einem bedeutenden Machtfaktor entfaltet, den ein profitshungriges, scharfmacherisches Unternehmertum zu fürchten hat.

Es wird Aufgabe des Hamburger Gewerkschaftskongresses sein müssen, den Gewerkschaften Mittel und Wege zu weisen, die uns eine weitere günstige Entwicklung, eine Erstarkung und größere Erfolgsgläubigkeit unserer Sache sichern. Es treten jetzt weit größere Aufgaben an die Gewerkschaften heran als noch vor zehn Jahren. Die Gewerkschaften sind gewachsen und mit ihnen ihr Pflichtenkreis. Manche Frage tritt jetzt an unsere Organisation Lösung heischend heran, an die man früher auch nicht entfernt dachte. Hier soll der Gewerkschaftskongress Antwort und Richtung geben, und er soll neue Probleme in den Kreis der Erörterung der Gewerkschaften ziehen.

Der Hamburger Gewerkschaftskongress wird in dieser Hinsicht sicher gute Arbeit leisten. Die Tagesordnung enthält in erster Linie, wie die der früheren Kongresse, Fragen der Agitation und des Ausbaus der gewerkschaftlichen Einrichtungen. Es wird anschließend an den Rechenschaftsbericht der Generalkommission über allgemeine Agitation, das Arbeiterinnensekretariat, die Agitation unter den Dienstboten wie unter den fremdsprachigen Arbeitern, Streikpolitik und Streikmitteln, Feindüberwachung, Besetzung des Reichs und Reichsorganisationsrat beim Arbeitgeber und das Zentralarbeitssekretariat verhandelt werden. Es soll ferner Stellung genommen werden zur Zurückweisung von Gewerkschaftsvertretern und Arbeitersekretären als Vertreter der Reichsfindenden vor den Gerichten sowie zur staatlichen Versicherung der Privatangestellten. Der Kongress wird weiter über die gewerkschaftliche Stellenvermittlung, den Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel und über die Organisation zur Erziehung der Jugend verhandeln. Schließlich wird über Grenztreuefragen und über die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland verhandelt werden.

Gewiß eine reichhaltige Tagesordnung, die viel verspricht. Mit ganz wenigen Ausnahmen enthält sie Gegenstände, über die es unter den deutschen Gewerkschaften Meinungsverschiedenheiten nicht geben kann. Und wie die Hamburger Arbeiter von jeher sich auszeichneten durch einige, ausdauernde, aufopfernde und zielbewußte Arbeit, so wird man auch von dem Hamburger Gewerkschaftskongress nur sagen können, daß er gute Arbeit, so recht Arbeit nach Hamburger Art geleistet hat. Wie könnte es auch anders sein bei einer Tagung der deutschen Gewerkschaften, die unter so günstigen Voraussetzungen tagt, wie der Hamburger Gewerkschaftskongress!

## Der Boykott als wirtschaftliches und politisches Kampfmittel.

...r. Als vor einigen Jahrzehnten der Kampf, der seit Jahrhunderten zwischen Engländern und Irländern tobte, wieder einmal erbitterte Formen angenommen hatte, erschien eines Tages ein englischer Oberst auf der grünen Insel (Irland), um sich dort eine neue Heimat zu gründen. Er hatte einen Bauernhof gekauft, der unter dem Hammer ge-

kommen war, weil der frühere Besitzer sich geweigert hatte, Pacht und Steuern zu zahlen. Die Bevölkerung ergriff Partei für ihren von Haus und Hof vertriebenen Landmann und nahm entschiedene Stellung gegen den fremden Eindringling. Durch ein stillschweigendes Übereinkommen wurde letzterer gesellschaftlich und wirtschaftlich geächtet und von jeder Verbindung mit seinen neuen Landsleuten abgeschnitten. Kein Mensch verkehrte mit ihm, und wenn er sich in einem Wirtschaftshaus einfand, so verließen alle anderen Gäste schleunigst das Lokal, so daß der Wirt ihn auffordern mußte, seinen ferneren Besuch einzustellen; kein Dienstmädchen, kein Knecht und kein Tagelöhner wollte bei ihm arbeiten, kein Krämer und Händler wollte ihm irgend etwas verkaufen oder abkaufen — er wurde gemieden wie ein Aussätziger, und die Folge davon war, daß er Hals über Kopf das ungastliche Irland verlassen und nach England zurückkehren mußte.

Da dieser Fall Aufsehen erregte und da der Geächtete Boykott hieß, so wurde von da ab die von den heißblütigen Irländern angewandte Kampfmethode mit dem Namen Boykott bezeichnet, wodurch der unglückliche Oberst wider seinen Willen eine berühmte Persönlichkeit geworden ist.

Die Bekämpfung eines Gegners durch wirtschaftliche und gesellschaftliche Ächtung ist keine neue Erscheinung, sie ist vielmehr uralte. In früheren Zeiten wurde ein Mensch, der gegen seine soziale Gruppe verstoßen hatte, nach allen Regeln der Kunst boykottiert, indem man ihn für vogelfrei erklärte und von jeder menschlichen Gemeinschaft ausschloß. „Aqua et igni interdictus“ — lautete der Ausdruck, wonach dem Geächteten Wasser und Feuer versagt werden sollte, um ihn auf diese Weise jede Existenz unmöglich zu machen oder ihn in den Zustand eines wilden Tieres zurückzuführen. Die mittelalterlichen Gemeinschaften hatten ein so starkes Zusammengehörigkeitsgefühl, daß sie jedes Glied erbarmungslos abtrennten, wenn es sich antisozial benahm und die Allgemeininteressen zu schädigen drohte. Eine Rücksichtnahme auf die Persönlichkeit kannte das Mittelalter nicht; wie mit einem eisernen Nagen umkammerte jede Gemeinschaft alle ihre Mitglieder und löste jegliche Verbindung mit einem Unwürdigen mit einer brutalen Selbstverständlichkeit, die uns heutzutage geradezu unheimlich berührt. Der Grundgedanke war eben der, daß ein Individuum überhaupt keine selbständige Existenzberechtigung hatte, sondern nur so viel galt, wie es das Wesen und das Lebensinteresse seiner Gruppe zuließ — eine Auffassung, in die wir modernen, vom Individualismus durchsäuerten Menschen uns kaum mehr hineinbeugen können.

Im Laufe der Zeit sind die Menschen humaner geworden, und ihre Kämpfe haben die früheren brutalen Formen mit feineren, zivilisierteren vertauscht. Heute wird kein Mensch mehr gerädert oder geviertelt, er wird auch nicht mehr in die Wildnis hinausgetrieben und dem Glend überantwortet — dennoch aber sind die alten Nachwirkungen dieselben geblieben. Nur die Form hat sich verfeinert, die Absicht, seinen Gegner zu schädigen oder ihn gar zu vernichten, macht sich heutzutage in zivilisierten Formen bemerkbar. Dies zeigt sich ganz deutlich beim Boykott, der ja ursprünglich weiter nichts war als der Versuch, dasjenige Glied einer Gruppe, das gegen die Interessen dieser Gruppe verstoßen hatte, durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Isolierung zu strafen.

Diese Art des Boykotts wird seit langem von dem Bürgertum unter sich angewendet. Zeigt ein Angehöriger dieses Standes eine Hinneigung zum Sozialismus, so brechen seine Klassenossen den Verkehr mit ihm ab und meiden ihn, obendrein suchen sie ihn auch noch wirtschaftlich zu schädigen. Diese Erfahrung muß jeder machen, der aus bürgerlichen Kreisen zur Sozialdemokratie kommt. Sind die tollgewordenen Bourgeois noch intensiver vom Kollateralschaden befallen, wie es meistens in Krieger- und anderen Kriegervereinen der Fall ist, so fehlt ihnen jede unparteiische Beurteilung des Sachverhalts. In blinder Wut boykottieren sie einen Wirt, der als guter Geschäftsmann sein Lokal jedem anständigen Gaste, also auch den Sozialdemokraten, zur Verfügung stellt; sie maßregeln ein Mitglied, das einer Gewerkschaft oder einer Genossenschaft angehört, ja es ist schon vorgekommen, daß sie einen Hausbesitzer boykottiert haben, weil er eine Wohnung an einen Sozialdemokraten vermietet hatte. In dieser dummdrückigen Art der Boykottierung sind besonders die konservativen Mittelständler Meister. Diese Herren drohten noch vor kurzem in östlichen Zeitungen, sie würden in den Städten, dessen Bewohner nicht konservativ wählen, keine Einkäufe mehr machen. Über eine kleine Landstadt, in der nur verschwin-

denb wenig konservative Stimmen gefallen waren, wurde öffentlich die Acht erklärt mit den Worten: „Das verfluchte Nest muß ausgehungert werden!“ Einem Gastwirt, der seinen Saal zu liberalen Versammlungen hergegeben hatte, wurde seitens seiner konservativen Mitbürger angezeigt, daß man fürderhin das Kaisergeburtstagsessen bei ihm nicht mehr abhalten werde. Einem anderen Gastwirt wurden die Holzfunktionen aus seinem Lokal fortgenommen, weil er bei der letzten Landtagswahl gar nicht gewählt und sich dadurch als verkappter Liberaler zu erkennen gegeben hatte. Solche Fälle ließen sich zu Dutzenden aufzählen, und das in einer Zeit, in der der liberal-konservative Block die schönsten Blüten treibt. Man kann daraus ermessen, wie die ostelbischen Junker sich gebärden, wenn sie mit wirklichen oder vermeintlichen Sozialdemokraten zu tun haben. Und dabei besitzt die „Kreuzzeitung“, das Hauptorgan der Konservativen, noch die Dreifaltigkeit, eine Verschärfung des Strafgesetzes zu fordern, wonach jede Bedrohung unter Strafe gestellt werden soll, die zum Zwecke der Wahlbeeinflussung vorgenommen wird.

Ein Irrtum wäre es übrigens, wollte man glauben, daß das liberale Bürgertum auf die Waffe des Boykotts verzichtete. Überall dort, wo es die Macht hat, boykottiert es munter drauf los, ohne sich im geringsten Gewissensbisse zu machen, und seine Entschlossenheit über den Terrorismus der Junker und Junkerengenossen ist lediglich Heuchelei und Pharisäismus. Nicht minder auch sind die Behörden mit Eifer darauf aus, mittels des Boykotts jegliche freiheitliche Regierung zu ersticken. Wir erinnern nur an den Fall des Sanitätsrats Dr. Schellenberg in Wiesbaden, der seine Stellung als Vertrauensarzt der Post verlor, weil er in einer vertraulichen Unterhaltung geäußert hatte, daß er bei einer Stichwahl zwischen einem Reaktionär und einem Sozialdemokraten für letzteren stimmen würde. Und der oberste Beamte des Postwesens verteidigte im Reichstag diese Geldentat als eine selbstverständliche Sache.

Es ist völlig nutzlos, über den moralischen Tiefstand zu jammern, der sich in diesen bürgerlichen und behördlichen Fällen der Boykottierung eines politischen Gegners ausdrückt. Die guten Leute haben gar keine Empfindung dafür, und ihr Terrorismus kommt ihnen gar nicht zum Bewußtsein. Sie halten es für selbstverständlich, daß sie zuschlagen, solange sie Hammer sind, und sie machen von ihrem wirtschaftlichen und politischen Einfluß ohne eine Miene zu verziehen Gebrauch, wenn sie sich davon Erfolg versprechen. Die soziale Moral spielt bei ihnen keine Rolle — sie leiden eben an moralischem Schwachsin.

Bei der Frage des Boykotts kommt es offenbar nicht nur auf die Absicht an, einen Menschen zu boykottieren, sondern auch auf die Möglichkeit, diese Absicht in die Wirklichkeit umzusetzen. Das heißt also: es genügt nicht, daß der Wille vorhanden ist, irgend einen Menschen für eine bestimmte Handlung zu strafen oder ihn zu einer bestimmten Handlung zu zwingen, viel wichtiger ist die Frage, ob auch die Macht vorhanden ist, einen Boykott mit Erfolg in Szene setzen zu können. Nach beiden Richtungen hin bietet der Boykott, den das Proletariat als Waffe in seinem Emanzipationskampf anwendet, ganz interessante Seiten.

Zunächst wirft sich hier die Frage auf, aus welchem Grunde oder zu welchem Zwecke der Boykott seitens der Arbeiter verhängt werden darf, ohne die Gesetze der sozialen Moral zu verletzen. Das Proletariat ist nämlich, da es einen Kulturkampf führt, in seinem ureigensten Interesse verpflichtet, diese Gesetze zur Richtschnur seines Handelns zu nehmen. Es darf sich nicht einfach auf den Standpunkt stellen, daß seine Gegner die Sozialmoral mit Füßen treten, weshalb es ihm erlaubt sei, in derselben Weise zu verfahren — gerade wie wenn ein Dieb sich damit entschuldigen wollte, daß andere Leute auch stehlen —, die Arbeiterklasse muß vielmehr ihren Stolz darein setzen, eine bessere Kampfweise anzuwenden als die Gegner. Daher darf ein Boykott niemals aus nichtigen, kleinlichen oder gar unsozialen Gründen verhängt werden, sondern es muß eine wichtige Ursache vorliegen, es muß sich geistesmäßig um das Lebensinteresse des modernen Proletariats handeln. Es wäre deshalb durchaus verfehrt, wollten wir einen Gegner boykottieren, weil er eine andere politische Überzeugung hat, oder wollten wir einem Wirte die Kundschaft entziehen, weil er sein Lokal zu gegnerischen Versammlungen hergibt. Hier zeigt sich deutlich der himmelsweite Unterschied zwischen bürgerlichem und proletarischem Boykott. Das Bürgertum boykottiert die Gestimmung, die wir unangefochten lassen, es boykottiert eine Geschäftspraxis, die unanfechtbar ist. Warum soll ein Wirt geschädigt werden, dem jeder Gast gleich angenehm ist, der einem Kriegervereinler ebensogut ein Glas Bier einsetzt wie einem Sozialdemokraten? Wenn wir einen Wirt boykottieren, weil er der Sozialdemokratie sein Lokal verweigert, so tun wir dies mit Recht, weil er uns ungerecht behandelt und uns indirekt unser Versammlungsrecht illusorisch machen will. Und wir tun im Grunde genommen weiter nichts, als daß wir ihm deutlich zu Gemüte führen: „Willst du von uns nichts wissen, so wollen auch wir dich unbehelligt lassen.“ Wenn aber ein Kriegervereinler einen Wirt, der Sozialdemokraten in seinem Lokal duldet, wirtschaftlich zu schädigen versucht, so ist das eine Gemeinheit, weil hier eine Handlungsweise gestraft werden soll, die jeder vernünftige und unparteiische Mensch für ganz korrekt erklären wird.

Ein ähnlicher Unterschied waltet ob bei der Boykottierung eines Arbeitgebers seitens der Arbeiter oder seitens seiner Klassengenossen. Ein Arbeitgeber wird boykottiert, weil er seinen Arbeitern das Koalitionsrecht nicht gewähren will, oder weil er Hungerlöhne zahlt, oder weil er die bescheidenen

Forderungen seiner Arbeiter nicht erfüllt, oder weil er Arbeiter entläßt, die die Interessen ihrer Kollegen vertreten haben — kurz und gut, weil er sich als unsozialer Mensch und Schmutzfink benimmt. Zeigt er sich dagegen als anständiger Mensch, der seinen Arbeitern entgegenkommt und ihre Forderungen bewilligt, so wird er manchmal von seinen Klassengenossen boykottiert, indem man ihm die Zufuhr von Material sperrt usw. Der Gegensatz in der sozialethischen Wertung eines Boykotts tritt auch hier deutlich zutage.

Schwieriger liegt der Fall, wenn es sich um die Ausübung des Wahlrechts handelt, respektive um einen Boykott als Folge der öffentlichen Abstimmung. Die Bürgerlichen und die Behörden machen sich in dieser Beziehung keine Gewissensbisse und boykottieren nach Herzenslust, die modernen Proletarier haben die Frage lange und reiflich erwogen, ob man die Geschäftsleute boykottieren solle, die vorwiegend Arbeiterkundschaft haben und dennoch den ärgsten Reaktionsären Heeresdienst leisten. Diese Frage ist unbeschadet der Freiheit der Überzeugung bejaht worden und, wie uns scheint, mit Recht. Die Reaktionäre aller Schattierungen wollen die Arbeiter in der Rechtlosigkeit erhalten, sie wollen das elendeste aller Wahlsysteme mit samt der öffentlichen Stimmabgabe verewigen, sie wollen dem Proletariat jede Möglichkeit nehmen, auf die politische Einfluss zu gewinnen und die himmelschreienden Mißstände zu beseitigen — und wenn nun ein Geschäftsmann dieser reaktionären Sippschaft seine Stimme gibt, so macht er sich zum Mitschuldigen dieser Leute und zeigt dadurch, daß er gewillt ist, das Emporsteigen der Arbeiterklasse nach Kräften zu verhindern. Er darf sich deshalb nicht wundern, wenn die Arbeiter auch ihrerseits nicht mehr dafür sorgen, daß sein Geschäft sich hebt. Und obendrein lernt ein solcher Schindlappeteier der Reaktion einmal an seinem eigenen Leibe die „Segnungen“ der öffentlichen Stimmabgabe kennen, was ihm vielleicht eine Lehre für die Zukunft sein wird.

Selbstverständlich — und hier kommen wir zum zweiten Punkte — spielt bei jedem Boykott die Frage eine Rolle, ob man ihn auch mit Erfolg durchführen kann. Insofern ist der Boykott eine Machtfrage, und da ist es nun ein erfreuliches Zeichen für die steigende Macht und das zunehmende Machtbewußtsein des modernen Proletariats, daß der Boykott immer mehr zum Gegenstand der Diskussion wird. Solange die organisierten Arbeiter ohnmächtig waren oder sich für ohnmächtig hielten, waren die Boykotts ausfichtslos und verliefen im Sande; es blieb eben beim guten Willen, doch fehlte der Erfolg. Hieraus erklärt es sich, daß der Boykott als Waffe im proletarischen Emanzipationskampf zeitweilig ganz außer Kurs gesetzt wurde. Das ist heutzutage anders geworden, und es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß der Boykott immer mehr an Bedeutung gewinnen wird.

Wir sprechen hier natürlich von dem proletarischen Boykott, d. h. von der Form, in der das Proletariat seine Gegner boykottieren kann. Hier gibt es eigentlich nur eine einzige Form: die Entziehung der Kundschaft durch Nichtkaufen und damit die Vorenthaltung der vielen genannten Arbeiterergroschen. Wenn erst das Proletariat seine Macht als Massenkonsument respektive als Massenkäufer erkannt hat, wenn es gelernt hat, seine Kundschaft nicht einfach an den ersten besten wegzuworfen, wenn es sich gewöhnt hat, nach Prinzipien zu kaufen und seine Massenkaufkraft in den Dienst des proletarischen Emanzipationsgedankens zu stellen, wenn ihm, kurz gesagt, sein Einfluss auf die Gestaltung des Warenmarktes erst zum Bewußtsein gekommen ist, dann — aber auch erst dann — wird der Boykott zu einer Waffe werden, die in ihren Wirkungen unter Umständen sehr verhängnisvoll werden kann.

Die moderne Arbeiterklasse hat begonnen, mit Hilfe der Genossenschaften den Wareneinkauf zu organisieren, und die Millionen von kleinen Bäcklein, die sich aus jedem Proletarierhaushalt auf den Warenmarkt ergießen, zu einem mächtigen Geldstrom zu vereinen. Und da ist dann nur noch ein kleiner Schritt zur Eigenproduktion der Waren. Sind wir aber erst so weit, so wird die Bourgeoisie mit Grauen erkennen, welch folgenschwerer Fehler es war, die Unterdrückung und Entrechtung des Proletariats mit Gewalt und List verewigen zu wollen. Sie wird dann mit Schrecken gewahr werden, welch wichtiger Faktor die einstmal so gering geschätzte Arbeiterklasse im wirtschaftlichen Leben geworden ist. Möge diese Erkenntnis nicht zu spät kommen! Manah ein Geschäftsmann, der die Arbeiterergroschen liebt, die Arbeiter aber haßt und verachtet, wird ohnehin seinen Mangel an sozialem Verständnis und an Gerechtigkeitsgefühl mit dem Verlust seiner wirtschaftlichen Existenz büßen müssen. Das ist eben der Krieg, und wer Wind säet, darf sich nicht wundern, wenn er Sturm erntet.

**Allerlei Organisationsfragen.**

Auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress werden wieder allerlei Organisationsfragen zur Erörterung kommen, deren Erledigung für unsere gewerkschaftliche Bewegung von großer Wichtigkeit sein wird. Es wird deshalb zweckdienlich sein, zur Orientierung unserer Leser hier über diesen Gegenstand einige kurze Ausführungen zu machen.

Im allgemeinen herrscht innerhalb der deutschen Gewerkschaften über die Fragen der gewerkschaftlichen Organisation so ziemlich Übereinstimmung. Derartig leidenschaftliche Kämpfe, wie sie Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre innerhalb unserer Gewerkschaften über die Form

der Organisationen geführt worden sind, wären heute undenkbar. Es gilt in unseren Gewerkschaften der Grundsatz, daß der Beruf und nicht der Betrieb als Grundlage der Organisation zu gelten habe, und daß diese Organisation nur eine zentralistische sein kann. Es wird auch allgemein anerkannt, daß die Entwicklung auf Bildung von Industrieverbänden hindrängt. Es hat deshalb keinen Sinn, gerade mit diesen Fragen, die jahrelang in den deutschen Gewerkschaften umstritten waren, über die jetzt aber Übereinstimmung herrscht, den Gewerkschaftskongress zu beschäftigen.

Auch über die Organisation der Zentralverbände in der Generalkommission dürften sich Erörterungen auf dem Kongress erübrigen. Die Zeiten, wo man in den deutschen Gewerkschaften über die Zweckmäßigkeit und über Sein und Nichtsein der Generalkommission sich lebhaft auseinandersetzte, sind zum Glück längst vorbei. Heute ist man in unseren Verbänden nur einer Meinung darüber, daß die Generalkommission eine Einrichtung ist, die im Interesse der deutschen Gewerkschaften notwendig war und ist. Ohne die Generalkommission würden die freien Gewerkschaften sich lange nicht so günstig entwickelt haben, wie es unter dem führenden Einfluß dieser Körperschaft geschehen ist. Auch in der letzten Geschäftsperiode hat die Generalkommission eine durchaus erspriessliche Tätigkeit entfaltet, so daß in Hamburg über die Zentralleitung der deutschen Gewerkschaften kaum Worte des Zweifels oder der Kritik, wohl aber Worte der Anerkennung laut werden dürften.

Auch mit der Einrichtung und der Tätigkeit des Arbeiterinnensekretariats sind wir durchaus einverstanden. Nach unserer Meinung befand sich die Generalkommission durchaus auf dem richtigen Wege, als sie dieses Sekretariat errichtete, und noch mehr findet diese Gründung unseren Beifall, weil hier eine leitende Instanz der deutschen Gewerkschaften geschaffen wurde, die sich sinngemäß unserer Organisation eingliedert, die sich der Generalkommission unterordnet. Das ist nicht bei allen gewerkschaftlichen Institutionen der Fall, die durch gemeinsames Wirken der Zentralverbände geschaffen wurden. Beispielsweise paßt die „Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber“ und die Bauarbeiterbeschutzkommission gar nicht in den Rahmen unserer Organisation hinein, wie er von den Gewerkschaftskongressen in Halberstadt und Stuttgart geschaffen worden ist. Nach unserer Meinung, der wir wiederholt Ausdruck gegeben haben, sollten alle gewerkschaftlichen Aufgaben, die über den Tätigkeitskreis einer einzelnen Gewerkschaft hinausgehen und deren Lösung im Interesse der größeren Zahl der Verbände liegt, und nur von diesen in gemeinsamer Arbeit durchgeführt werden kann, ganz allein von der Generalkommission oder von einer von ihr eingesetzten und kontrollierten Körperschaft erledigt werden. Irgendwelche Nebenkommissionen und „Nebenregierungen“ sollte es neben der Generalkommission nicht geben. Das muß man im Interesse der Einheitlichkeit unserer gewerkschaftlichen Bewegung fordern. Und je baldier die Generalkommission die Verpflichtung übernimmt, die Aufgaben der Bauarbeiterbeschutzkommission und der Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwanges mit zu übernehmen, um so besser für die einheitliche Organisation der freien Gewerkschaften. Irgendwelche Schwierigkeiten dürften der Generalkommission aus der Übernahme dieser Arbeiten wohl kaum erwachsen. Sie verfügt über bessere Mittel zur Durchführung besagter Aufgaben, als die betreffenden Kommissionen, die doch immer nur mit kleinen Verhältnissen zu rechnen hatten, jemals verfügt haben.

Es wird auch Aufgabe des Gewerkschaftskongresses sein, sich über die Organisation der jugendlichen Arbeiter zu verständigen. Neben den jugendlichen Arbeitern durch das neue Reichsgesetz eine politische Vereins- und Versammlungstätigkeit direkt unmöglich gemacht worden ist, werden die Gewerkschaften in erster Linie die Organisations- und Aufklärungsarbeit unter den jugendlichen Arbeitern zu versehen haben. Unstreitig haben die Gewerkschaften auf diesem Gebiet bisher nicht ihre Schuldigkeit getan. Möge hier der Gewerkschaftskongress den Organisationen eine zwingende Verpflichtung mit auf den Weg geben, die Organisierung und Aufklärung der jugendlichen Arbeiter künftig systematisch zu betreiben. Über die Mittel und Wege zur Durchführung dieser Aufgabe dürfte man sich in Hamburg wohl leicht verständigen. Nach unserer Meinung wird auch hier die wichtigste Arbeit durch die tägliche Kleinagitation in den Werkstätten zu leisten sein.

Eine wichtige Frage, die der Lösung durch den Gewerkschaftskongress in Hamburg harret, ist die der Organisation der Dienstboten. Seit Jahren ist in den Großstädten mit Unterstützung der Gewerkschaften der Versuch gemacht worden, gewerkschaftliche Organisationen auch für die Dienstboten zu schaffen. Zuerst in Nürnberg, dann in einer Reihe anderer Großstädte schritt man dann auch zur Gründung von Dienstbotengewerkschaften. In dieser Bewegung griffen naturgemäß auch die Leiterinnen der sozialdemokratischen Frauenbewegung ein, in einigen Orten war sogar die Gründung von Dienstbotenorganisationen einzig ihrer Initiative zu danken. Nach unserer Meinung ist aber gerade von dieser Seite die Dienstbotenbewegung in den letzten Monaten in durchaus verkehrte Bahnen gelenkt worden. Der Gewerkschaftskongress sollte aussprechen, daß wenn je, so auf diesem Gebiete ein äußerst vorsichtiges Arbeiten vorzuziehen ist. Jede treibhausmäßige Foreierung der Entwicklung der Dienstbotenorganisation zu einer Gewerkschaft modernsten Stils, aber auch jede Verquickung dieser Bewegung mit der politischen Arbeiterinnenbewegung sollte man im Interesse der Sache vermeiden. Die gewerkschaftliche Organisation der Dienstboten wird nur dann Erfolg haben, wenn sie einen streng gewerkschaftlichen Charakter wahrhaft und wenn ihre

### Warnung vor Zuzug!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern** nach Bitterfeld (Quilitzsch), Garmisch-Partenkirchen, Hof i. B., Liegnitz, Mustau (G. Schmidt), Norden in Ostfriesland, Schwerin a. d. Warthe, Stolp in Pommern (W. G. Merkel), Wildbad im Schwarzwald;
- Mobeltischlern** nach Mannheim (Brown, Boveri & Co.);
- Stellmachern und Tischlern** nach Gotha (Waggonfabrik);
- Korbmachern** nach Däben, Grimma (Tretbar), Hamburg, Lübeck (Möhlert), München-Ebenhausen (Sauer);
- Werftarbeitern** nach Lauenburg a. G.;
- Sägern** nach Alach bei München (Rirch & Söhne);
- Klaviermachern** nach Liegnitz (Schneider), Zürich;
- Riftenmachern** nach Bünde i. Westfalen (Mithage & Gerbrechtmeister);
- Maschinen- und Holzarbeitern** nach Mannheim;
- Knopfmachern** nach Gardelegen;
- Korbarbeitern** nach Delmenhorst (Minnemann);
- Stuhlmachern, Tischlern und Polierern** nach Lauterberg a. Harz (Hillegeist), Schwallungen a. d. Werra (Seller & Komp.);
- Bürstenmachern** nach Hannover (Knappworst);
- Rohrarbeitern** nach Bremen (Mente und Schulz), Burgdamm.

Zeit zu einer gesunden Entwicklung gelassen, wenn jede Forcierung der Bewegung vermieden wird.

Schließlich wird der Gewerkschaftskongress sich noch mit der Frage der Organisierung der Landarbeiter zu beschäftigen haben. Diese war bisher dem Fabrikarbeiterverband überlassen, doch hat diese Organisation unter den Landarbeitern bisher nur wenig Verbreitung gefunden, obwohl das Agitationsfeld gar nicht so ungünstig liegt, wie selbst vom „Proletarier“ festgestellt wird. In führenden gewerkschaftlichen Kreisen hat sich denn auch immer mehr die Meinung gefestigt, daß die Organisationsarbeit unter den Landarbeitern nur dann größeren Erfolg haben dürfte, wenn sie von einer ausgesprochenen Landarbeiterorganisation ausgeht. Es ist doch nicht zu verkennen, daß die deutschen Gewerkschaften ihre Erfolge wesentlich mit dem Umstand verdanken, daß sie als ausgesprochene Berufsorganisationen auftreten und wirken. Besonders bei dem schwer zu organisierenden Arbeiterelement ist es schon mehr oder weniger einzige Voraussetzung eines organisatorischen Erfolges, wenn die Organisationsbestrebungen von einer Berufsgewerkschaft getragen werden. Das wird bei den Landarbeitern nicht anders sein wie bei den gewerblichen und den Industriearbeitern. Deshalb sollte der Gewerkschaftskongress den naheliegenden Schritt tun und die Bahn zur Gründung einer Landarbeiterorganisation freilegen. Der Fabrikarbeiterverband wird jetzt gegen eine solche Gründung sicher nicht ernsthafte Einwendungen zu machen haben, nun er in nahezu 20jähriger Agitationsarbeit erfahren hat, daß dieses Agitationsgebiet ihm bei aller Mühe und Arbeit doch nicht gute Früchte trägt.

So haben eine ganze Reihe wichtiger Organisationsfragen ihrer Lösung durch den Gewerkschaftskongress in Hamburg. Möge der Kongress auf alle Fragen eine gute Lösung finden.

### Anträge zum deutschen Gewerkschaftskongress.

In Nr. 20 des „Korrespondenzblatt“ werden die von den der Generalkommission angeschlossenen Organisationen zur Beratung auf dem Gewerkschaftskongress eingereichten Anträge veröffentlicht. Wir entsprechen gewiß einem Wunsche unserer Kollegen, wenn wir auf diese Anträge kurz hier eingehen.

Zwei Anträge, von den Sattlern in Hamburg und den Schuhmachern in Wirmasens, wünschen auf die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses zu setzen „Gewerkschaften und Maifeier“ und „Zentral- und Industrieverbände“. Beide Anträge möchten wir ablehnen. Zu einer Auseinandersetzung über die Organisationsform liegt zurzeit kaum eine Veranlassung vor; durch eine solche Debatte würden höchstens die Debatten in den einzelnen Organisationen über Verschmelzung derselben mit verwandten Verbänden unliebsam beeinflusst. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es das Beste ist, die Konzentrationsbestrebungen innerhalb der Gewerkschaften sich frei entfalten zu lassen und jede Beeinflussung derselben durch direkt Nichtbeteiligte zu unterlassen, da anders nur Zank und Streit in den Organisationen großgezogen wird. — Ebenfalls sind wir gegen eine Behandlung der Maifeierfrage im Sinne des Antrags der Hamburger Sattler. Was über die Verhandlungen zwischen Generalkommission und Parteivorstand in der Maifeierfrage zu sagen ist, wird von der Generalkommission bei Erstattung ihres Berichtes gesagt werden. Darüber kann man dann Rat pflegen. Von einer Aufrollung der ganzen Maifeierfrage sollte man aber absehen. Zu einer eingehenden Behandlung dieser Frage ist jetzt doch wohl nicht die richtige Zeit gegeben. Im übrigen sind wir der Meinung, daß die Tagesordnung des Kongresses ohnedies reichlich umfangreich ist, und daß es des pflichtbewußten Zusammenwirkens aller Kräfte bedarf, um sie in der vorgeschriebenen

Zeit sachgemäß zu erledigen. Deshalb sollte man von einer weiteren Belastung der Tagesordnung absehen.

Übrigens beschäftigen sich einige weitere Anträge mit der Maifeierfrage. Das Frankfurter Kartell beantragt, daß die Generalkommission beauftragt werde, mit dem Parteivorstand wiederum in Verhandlungen zu treten, um eine befriedigendere Regelung der Unterstützung der bei der Maifeier Gemäßregelten zu erzielen. Die Zahlstelle Kiel des Metallarbeiterverbandes will die Angelegenheit so geregelt wissen, daß die Zentralverbände für die Hälfte, die Kollegen am Orte für den Rest der Unterstützung aufzukommen haben. Wenn die Gewerkschaften sich nicht dazu verpflichten können, dann möge der Kongress eine andere Form der Maifeier vorschlagen. — Beide Anträge halten wir nicht für diskutabel. Nach unserer Meinung zeigt uns das mehrfach genannte Übereinkommen zwischen Generalkommission und Parteivorstand den besten Weg zu einer befriedigenden Lösung der Unterstützungsfrage der Maifeiergemäßregelten. Jedenfalls müssen es die Gewerkschaften ablehnen, Verpflichtungen im Sinne des Kieler Antrags zu übernehmen.

Zum Punkt „Allgemeine Agitation“ verlangt das Gewerkschaftskartell Dhrdruf eine planmäßige Agitation in Thüringen. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen legt eine Sympathieresolution für die Forderungen der Privatangestellten vor. Das Gewerkschaftskartell Passau wünscht, daß die Agitation unter den Wald- und Forstarbeitern im Gebiete des Bayerischen Waldes einer Organisation übertragen werde. Anträge, gegen die erhebliche Einwendungen nicht zu machen wären.

Die Tabakarbeiter in Dggersheim und das Kartell in Haynau (Schlesien) fordern, daß sämtliche Zahlstellen der der Generalkommission angeschlossenen Organisationen den örtlichen Kartellen beizutreten verpflichtet werden. Das Kartell Mühlheim (Ruhr) verlangt, daß die Bergarbeiter dieselben Beiträge an die Kartelle zu entrichten haben, wie die anderen Gewerkschaften. Das Kartell Rothenburg a. d. T. wünscht, daß es auch den Gewerkschaften aus kleineren Orten ermöglicht werde, die Gewerkschaftsschule zu besuchen. Auch diese Anträge können wir im großen und ganzen nur billigen.

Dagegen möchten wir uns gegen einen Antrag der Zahlstelle Dortmund des Metallarbeiterverbandes wenden, der von der Generalkommission verlangt, sie möge zur besseren Agitation unter den Arbeitern mit einer fremden Sprache eine Zeitung in polnischer Sprache herausgeben. Sicher ist, daß nach der Annahme des Reichsvereinsgesetzes, das die mündliche Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern erschwert, mehr zur Förderung der schriftlichen Agitation unter diesen Arbeiterkategorien seitens der Generalkommission getan werden muß, von der Annahme so weitgehender Anträge, wie der Antrag der Dortmunder Metallarbeiter, sollte man aber doch absehen. Die finanziellen Verpflichtungen dieses Antrages kann die Generalkommission in keinem Fall übernehmen; aber abgesehen davon gibt doch die Kommission bereits mit Unterstützung der daran interessierten Gewerkschaften ein polnisches Gewerkschaftsblatt heraus. Das dürfte denn doch genügen.

Die Zahlstelle Berlin des Tabakarbeiterverbandes beantragt eine Wiederholung des Beschlusses des fünften Gewerkschaftskongresses, der allen Gewerkschaftskollegen zur Pflicht machte, ihre in der Heimindustrie tätigen Frauen und Töchter den zuständigen Organisationen zuzuführen. Die Zahlstelle Frankfurt a. M. der Friseurgehilfen fordert, daß auf eine Änderung des § 115 Absatz 2 der Gewerbeordnung hingewirkt und die Gewährung von Koff- und Logis- an die Gehilfen verboten werde. Das Kartell Rothenburg a. d. T. wünscht die Aufnahme sämtlicher Bau- und Bezirksleiter in die Adressenverzeichnisse des „Korrespondenzblatt“. Der letzte Antrag dürfte sich kaum durchführen lassen, weil die Zahl der Adressen eine zu große ist.

Zum achten Punkt der Tagesordnung, „Grenzstreitigkeiten“, sind Anträge in großer Zahl gestellt worden. Die Zahlstelle Bant des Schneiderverbandes, die Zahlstelle Breslau und Kiel des Metallarbeiterverbandes, die Zahlstelle Garburg und Lübeck des Fabrikarbeiterverbandes fordern die Vereinigung zu einheitlichen Industrieorganisationen. Was hierzu zu sagen ist, haben wir eingangs gesagt. Das Kartell Haynau beantragt, daß den Organisationen empfohlen werde, in den kleinen Orten nur immer eine Zahlstelle einer Organisation der ungelerten Arbeiter zu gründen. Der Vorstand des Handlungsgehilfenverbandes bekämpft durch einen Antrag die Gründung von Sonderorganisationen für Angestellte oder Arbeiter in Genossenschaftsbetrieben. Das Kartell Rehau wünscht, daß bei Übertritt aus einer Gewerkschaft in die andere die Mitglieder mit den vollen Rechten, die sie bisher genossen haben, aufgenommen werden. Die Gewerkschaftskartelle aus der Provinz Sachsen und Anhalt erwarten eine Regelung der Grenzstreitigkeiten zwischen den Gewerkschaften. Alles, was diese Anträge fordern, ist mehr oder weniger berechtigt, Bedenken erregt aber ein Antrag des Kupferschmiedeverbandes, der verlangt, daß alle Arbeiten, die von Arbeitern in Lohnkämpfen verweigert werden, so lange als Streitarbeiten erklärt werden, bis die in Frage kommende Organisation erklärt habe, daß die Differenzen aufgehoben seien. Der Antrag läuft in seiner Konsequenz darauf hinaus, innerhalb der Gewerkschaften eine Quelle fortgesetzter Zwistigkeiten zu schaffen. So einfach ist die hier angeschnittene Frage denn doch nicht zu lösen, wie es vom Kupferschmiedeverband vorgeschlagen ist. Die Zahlstelle Bremen des Tabakarbeiterverbandes fordert, daß bei Streitigkeiten zwischen Gewerkschaften oder Genossenschaften zu den Schiedsgerichten nur Fachleute herangezogen werden. Der Vorstand des Handlungsgehilfenverbandes stellt den Antrag, daß die Ge-

werkschaften aufgefordert werden, überall für die Lohnzahlung an einem früheren Wochentage als am Samstag einzutreten, um die frühere Besorgung der Einkäufe zu ermöglichen, und dadurch den Angestellten und Arbeitern im Handelsgewerbe den Kampf um die Erringung des Achtuhr-ladenchlusses und der Sonntagsruhe zu erleichtern.

Einen alten Bekannten hat die Zahlstelle Wald unseres Verbandes wieder zu Ehren gebracht. Sie verlangt, daß der Kongress der Frage der Vereinigung der Zentralverbände zu einem Arbeiterbund näher trete. Ähnliche Anträge wurden Anfang der neunziger Jahre häufiger zu den Gewerkschaftskongressen gestellt, zu jener Zeit, als man noch reich an Illusionen war und die gewerkschaftliche Tätigkeit zum Teil in Projektmacherei sich erschöpfte. Heute geht man über solche Anträge, die sich über alle praktischen organisatorischen Erfahrungen hinwegsetzen, einfach zur Tagesordnung über.

Dem Kampfe gegen den Alkoholismus dient ein Antrag, der in Berlin, Lägerdorf und Jena gestellt wurde. Die Gewerkschaften sollen bei allen Veranstaltungen und Zusammenkünften den Verzehr alkoholischer Getränke ausschließen oder möglichst beschränken. Zahlstellen und Arbeitsnachweise sollen nicht in Wirtschaften untergebracht werden; es sollen auch keine Vereinbarungen mit Brauereien oder Wirten mehr getroffen, sondern durch das Mittel genossenschaftlicher Selbsthilfe die erforderlichen Räume beschafft werden. Das Kartell Bippstadt i. W. verlangt zur wirksamen Förderung der Antialkoholbewegung die Erhebung eines Extrabeitrags von einer Mark pro Jahr und Mitglied zur Gründung von Vereins- und Versammlungslokalen. Es ist gewiß zu wünschen, daß die Gewerkschaften mehr Interesse für die Bekämpfung des Alkoholismus zeigen, doch darf das nicht so weit gehen, daß man unsere Organisationen, wie der letzte Antrag es wünscht, zu Sozial- und Häuserpekulationen zwingt. Davon sollten wir doch wirklich unsere Finger lassen.

Zu dem Gesetzentwurf über Arbeitskammern legen verschiedene Korporationen eine Resolution vor, in der dieser als unzulänglich bezeichnet und gefordert wird, daß in jedem Gesetzentwurf, in dem eine gesetzliche Vertretung der Arbeiterklasse vorgesehen ist, das gleiche Recht für Arbeiter und Arbeiterinnen zur Geltung komme. Der Gesetzentwurf über Arbeitskammern sei deshalb nicht nur wegen seiner grundlegenden Bestimmungen, sondern auch deswegen zu verworfen, weil er den sieben Millionen gewerblicher Arbeiterinnen, von denen der Staat und die Gemeinden in gleicher Weise Steuern verlangen wie von den männlichen Arbeitern, die Wahlbarkeit vollständig und zum Teil auch das Wahlrecht zu der gesetzlichen Vertretung der Arbeiterschaft vorenthält.

### Soziales.

#### Die Arbeiterssekretariate im Jahre 1907.

Die deutschen Arbeiterssekretariate sind Institute, die auf eine verhältnismäßig kurze Geschichte zurückblicken. Der Nutzen, den diese Einrichtungen geschaffen haben, ist aber sehr bald anerkannt worden und das Bedürfnis für den Ausbau der bestehenden und die Einrichtung neuer Sekretariate macht sich in stets steigendem Maße geltend. Die in der Statistischen Beilage des „Korrespondenzblatt“ gegebene Statistik der Arbeiterssekretariate für das Jahr 1907 legt Zeugnis ab für die gute Entwicklung, den diese Einrichtungen auch im verflossenen Jahre genommen haben.

Im Lauf des Jahres sind 11 Sekretariate neu gegründet worden, wodurch die Gesamtzahl auf 96 stieg. Die große Mehrzahl von ihnen, nämlich 84 Sekretariate, werden von den Gewerkschaftskartellen unterhalten, und zwar erfolgt die Verwaltung in 88 Fällen direkt durch das Kartell und in 46 Fällen durch besondere Kommissionen. Der Bergarbeiterverband unterhält 9 und die Generalkommission 2 Sekretariate. Nur an einem Sekretariat, dem in Coburg, sind die Gewerkschaften nicht finanziell beteiligt, da es aus Staats- und städtischen Mitteln unterhalten wird. Derartige Beihilfen aus öffentlichen Mitteln erhalten außerdem noch die Sekretariate in Bant und Gotha, während die übrigen Sekretariate in der Hauptsache durch die Beiträge der angeschlossenen Gewerkschaften unterhalten werden. Zum Teil ist der Beitrag für das Sekretariat in dem von den Gewerkschaften geleisteten Kartellbeitrag enthalten, 54 Kartelle erheben jedoch für das Arbeiterssekretariat einen besonderen Beitrag, der zwischen 20 Pf. und 1,50 Mk. pro Mitglied und Jahr schwankt. Außerdem leisten in 85 Orten die sozialdemokratischen Parteiorganisationen und in 12 Orten die Redaktionen der Parteipresse Beiträge für das Arbeiterssekretariat.

Der Wert der Arbeiterssekretariate kommt am deutlichsten zum Ausdruck in der Zahl der Besucher, die auch im Jahre 1907 wiederum eine bedeutende Steigerung erfahren hat. Insgesamt wurden die Sekretariate von 419882 Personen in Anspruch genommen, das sind 54700 Personen mehr als im Vorjahr. Die überwiegende Mehrzahl der Besucher der Arbeiterssekretariate, nämlich 401950 Personen waren Arbeiter oder Angehörige von solchen, doch wurden die Sekretariate auch von 15833 selbständigen Gewerbetreibenden und sonstigen dem Arbeiterstande nicht angehörigen Personen frequentiert. Dazu kommen noch 2029 Vereine und Korporationen oder Behörden, welche die Hilfe der Arbeiterssekretariate in Anspruch nahmen.

Die Zahl der auf das einzelne Sekretariat fallenden Besucher ist außerordentlich verschieden. Die höchste Frequenz verzeichnet Frankfurt a. M. mit durchschnittlich 2477 Besuchern im Monat. Diese Zahl ist so bedeutend höher, als bei allen anderen Sekretariaten, daß es angebracht gewesen wäre, hierfür eine Erklärung zu geben, die wir leider ver-

müssen. Aus den verschiedenen Tabellen ist zu ersehen, daß zum Beispiel das Sekretariat in Berlin mit fünf Beamten im Jahre 1907 von 17323 Personen besucht wurde; Nürnberg mit fünf Beamten hatte 15860, Hannover mit zwei Beamten 14821, Hamburg mit drei Beamten 13076, Köln mit zwei Beamten 13027 Besucher. Dagegen ist Frankfurt a. M. mit drei Beamten und 29730 Besuchern aufgeführt. Offenbar erfolgt die Bählung in Frankfurt a. M. nach ganz anderen Grundsätzen als in den übrigen Sekretariaten, und es hat den Anschein, als ob man dort an der Erzielung einer Rekordziffer ein ganz besonderes Gefallen hat. Die Statistik würde sicher an Wert gewinnen, wenn sie in allen Orten nach einem gleichen Schema aufgenommen würde. Sollten aber in Frankfurt die Hilfsuchenden wirklich in solchen Massen abgefertigt werden müssen, dann wäre im Interesse der Auskunftsuchenden eine Entlastung der überangestregten Beamten dringend erforderlich. Wenn, was wohl nicht weit von der Wahrheit abweichen dürfte, die Sekretäre die Hälfte ihrer achtstündigen täglichen Arbeitszeit im Verkehr mit dem Publikum zubringen, dann müssen sich nach den angegebenen Zahlen die Hilfsuchenden dort in ununterbrochener Kette so folgen, daß zur Erledigung des einzelnen Falles durchschnittlich wenig mehr als sechs Minuten Zeit bleibt. Für die meisten Fälle dürfte aber diese Frist zur gründlichen Erledigung etwas gar zu knapp bemessen sein.

Ebenso wie die Zahl der Auskunftsuchenden ist auch die Zahl der angefertigten Schriftsätze gestiegen, sie betrug im Jahre 1907 105015, wovon 87023 oder 85,8 Prozent auf das Gebiet der Arbeiterversicherung entfallen. Hier wiederum ist es die Unfallversicherung, welche mit 79244 Schriftsätzen oder 60,7 Prozent der auf die Arbeiterversicherung entfallenden die meiste Arbeit verursacht. Auf die Krankenversicherung entfallen 24838 = 18,7 Prozent und auf die Invalidenversicherung 23927 = 18,3 Prozent der Schriftsätze. In welchem Maße sich die Inanspruchnahme der Arbeitersekretariate seit dem Jahre 1901 gesteigert hat, zeigt die nachstehende Tabelle:

Jahr	Sekretariate	Gesamtzahl der Auskunfts- und Rechtsfälle	Gesamtzahl der Fälle, in denen Auskunfts- und Rechtsfälle gewährt wurde	Von den Fällen der Auskunfts- und Rechtsfälle entfallen auf die Arbeiterversicherung		Gesamtzahl der angefertigten Schriftsätze	Von den Schriftsätzen betrafen die Arbeiterversicherung	
				Fälle	Proz.		Fälle	Proz.
1901	29	167363	178548	46838	26,1	37123	7990	21,5
1902	32	195679	197927	57586	29,1	44639	12403	27,8
1903	36	200575	205906	59786	29,6	47626	14200	29,8
1904	48	226260	238540	71487	30,6	64332	38826	29,2
1905	67	283767	295374	89286	30,3	81421	31198	38,3
1906	83	365182	382261	114920	30,1	91969	34422	37,4
1907	96	419332	438213	130447	29,8	105015	37023	35,3
Zuf.	—	1858808	1931769	570850	29,5	472130	150662	33,1

Für die erfolgreiche Erledigung der von den Arbeitersekretären geführten Prozessesachen ist die persönliche Vertretung der Rechtsuchenden vor dem Gewerbegericht, den Schiedsgerichten usw. von großem Werte. Leider können sich nicht alle Sekretäre dieser Aufgabe widmen, teils weil sie nicht zugelassen werden, teils auch aus Zeitmangel. Aus diesen Gründen müssen 21 Sekretariate auf die mündliche Vertretung verzichten. Von 64 Sekretariaten, welche über diesen Teil ihrer Tätigkeit berichteten, wurden 3175 Vertretungen übernommen, von welchen 2159 = 68 Prozent auf Angelegenheiten der Arbeiterversicherung entfallen. In 11534 Fällen, in denen die Sekretäre Auskünfte erteilten, Schriftsätze anfertigten oder persönlich als Vertreter ihrer Klienten vor Gericht erschienen, wurde den Sekretariaten der Ausgang der Sache bekannt. Von diesen Fällen haben mit vollem oder teilweisem Erfolg 72,4 Prozent. Von den mit Erfolg vertretenen Angelegenheiten betrafen 2782 = 38,3 Prozent die Unfallversicherung, 591 = 7,1 Prozent die Krankenversicherung und das Knappschaftswesen, 439 = 5,8 Prozent die Invalidenversicherung, 1660 = 19,9 Prozent den Arbeitsbeziehungswesen Dienstvertrag und 149 = 1,7 Prozent die Gewerbeaufsicht.

Neben den Arbeitersekretariaten bestanden im Jahre 1907 noch in 132 (1906 in 116) Orten von den Kartellen unterhaltene Auskunftsstellen. Von 128 dieser Auskunftsstellen, die über ihre Tätigkeit berichtet haben, wurden insgesamt 26272 Auskünfte erteilt. Es handelt sich hier um Orte, in welchen wohl das Bedürfnis zur Auskunftserteilung, zum Teil sogar in recht erheblichem Maße vorhanden, die Möglichkeit zur Errichtung eines Arbeitersekretariats aber noch nicht gegeben ist.

Die Erfolge, welche die freien Gewerkschaften mit den Arbeitersekretariaten erzielt haben, waren wohl die Veranlassung, daß von gegnerischer Seite Konkurrenzrichtungen geschaffen wurden. Nach den der Generalkommission gemachten Angaben existierten im Jahre 1907 173 herartige Sekretariate, darunter 6 Arbeitersekretariate und 17 Rechtschreibbüros der Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften, 77 christliche (evangelische und katholische) Arbeitersekretariate, 59 evangelische und katholische Volksbüros und 14 sonstige Rechtschreibstellen. Alle diese Institute betrachten nicht sowohl die Gewährung von Rechtsschutz als die Befämpfung der Sozialdemokratie als ihre Hauptaufgabe. Wenn auch die Erfolge, die sie auf diesem Gebiet erzielen, nicht gerade glänzend sind, so ist es doch nicht überflüssig, diesen Sekretariaten einige Aufmerksamkeit zu schenken. — Jedenfalls haben wir alle Ursache, auf die Tätigkeit, welche die freien Gewerkschaften in bezug auf die Gewährung von Rechtsschutz entfalten, stolz zu sein. Wir dürfen uns jedoch mit dem Erzielten nicht zufrieden geben, denn bei allem Eifer, der auf diesem Gebiet entfaltet wird, bleibt uns doch noch recht viel zu tun übrig.

Das Ende einer freien Hilfskasse. Die Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Löhner hat sich aufgelöst. Die Kasse bestand seit dem Jahre 1884 und hatte sich im Jahre 1892 in eine Zuschußkasse umgewandelt. Am Schlusse des Jahres 1907 hatte sie noch circa 4300 Mitglieder und 41000 Mk. Vermögen. Verhängnisvoll wurde der Kasse neben der Krise im Baugewerbe auch die Einführung der Krankenunterstützung im Löhnerverband. Die Ausgaben überstiegen in den letzten Jahren die Einnahmen um ein Bedeutendes, und auch die im vorigen Jahre durchgeführte 20-prozentige Beitragserhöhung brachte nicht die erhoffte Besserung des Vermögensstandes. Der Vorstand sah sich deshalb gezwungen, der am 18. Mai in Birna tagenden Generalversammlung die Auflösung der Kasse vorzuschlagen, die denn auch mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Die Beiträge sind bis zum 23. Mai zu zahlen; bis dahin Erkrankte werden, wenn nötig, bis zur Dauer eines Jahres unterstützt. Das Sterbegeld wird im Falle des Todes bis Ablauf 1908 gewährt. Nach Befriedigung aller Verbindlichkeiten wird das verbleibende Vermögen an die Mitglieder verteilt.

Die zentralisierten freien Hilfskassen haben für die Arbeiterschaft einst eine wichtige Funktion zu erfüllen gehabt und recht segensreich gewirkt. Als auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes die Ortskrankenkassen eingeführt wurden, begegneten diese vielfach in Arbeiterkreisen einem starken Mißtrauen. Man zog die Mitgliedschaft in den freien Hilfskassen vor, die bei absoluter Selbstverwaltung vorzügliches leisteten. Mit der Zeit schenken aber die organisierten Arbeiter den Ortskrankenkassen eine größere Aufmerksamkeit, sie eroberten sich den gebührenden Einfluß auf deren Verwaltung, und es gelang ihnen vielfach, die Leistungsfähigkeit dieser Kassen bedeutend zu heben. In dem gleichen Maße, in dem sich die Ortskrankenkassen entwickelten, schwand die Bedeutung der zentralisierten freien Hilfskassen, denen auch durch die Gesetzgebung die Existenz dermaßen erschwert wurde, daß viele von ihnen es vorzogen, sich in Zuschußkassen umzuwandeln. Den Kassen fehlt der Zugang jüngerer Mitglieder, und der Ausbau des Unterstützungswesens der Gewerkschaften dürfte ebenfalls ungünstig auf die Entwicklung der freien Hilfskassen eingewirkt haben. Wenn auch nicht alle Kassen so ungünstig stehen wie die nunmehr aufgelöste Löhnerkasse, so darf doch wohl gesagt werden, daß die Blütezeit der freien Hilfskassen vorüber ist. Wenn auch die Auflösung einer Kasse für manchen Betroffenen schmerzhaft ist, so darf dabei nicht vergessen werden, daß diese vielfach aus den vorsozialistischen Gewerkschaften hervorgegangenen Krankenkassen einst eine wichtige Kulturleistung erfüllt haben.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrags erteilt, und zwar ab 15. Juni: Mühl Dorf a. Inn 10 Pf.

Auf die Bekanntmachung betreffend das neue Vereinsgesetz in Nummer 20 machen wir die Zahlstellenverwaltungen hierdurch nochmals aufmerksam und ersuchen um genaue Befolgung derselben.

Anfangs dieser Woche sind die Abrechnungsformulare für das zweite Quartal nebst den Monatskarten für die Arbeitslosenstatistik für die Monate Juli, August und September an alle Zahlstellen versandt worden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 56944 Robert Feustel, Tischler, geb. 30. 6. 77 zu Zeitz.
  - 98346 Karl Burgau, Tischler, geb. 10. 9. 79 zu Regensburg.
  - 116422 Johann Hahn, Tischler, geb. 6. 5. 77 zu Oberndorf.
  - 216242 Johann Müller, Tischler, geb. 27. 10. 81 zu Hatterbach.
  - 226702 Johann Müller, Tischler, geb. 6. 7. 83 zu Gesehaußen.
  - 239072 Josef Joll, Tischler, geb. 1. 11. 81 zu Kempten.
  - 339756 Fritz Hecht, Tischler, geb. 7. 11. 83 zu Neumarkt.
  - 395187 Hugo Singer, Tischler, geb. 31. 8. 87 zu Kammeggen.
  - 400704 Otto Hofmann, Tischler, geb. 19. 6. 86 zu Schmölln.
- Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstandsvorsitz.

#### Korrespondenzen.

Burgdorf in Hannover. Die Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit der Kollegen in Burgdorf ist dermaßen, daß es eifrigster Agitation und nie rastender Energie bedarf, um die Zahlstelle vorwärts zu bringen und die Kollegenenschaft aufzurütteln. In einer Zeit, wo das Scharfmachertum immer mehr sich zusammenschließt, müssen wir erst recht zusammenhalten, um nicht nur unsere Position zu wahren, sondern auch Fortschritte zu erzielen. Wie groß die Interesslosigkeit aber ist, bezeichnet der Umstand, daß Leute, die früher an der Spitze unseres Verbandes standen, es über sich bringen, statt in die Versammlung zu gehen, ihre Zeit in einem bürgerlichen Bunslokale totzuschlagen. Dabei gilt es hier noch viele der Organisation fernstehende Kollegen den bürgerlichen Klubbvereinen, wie Kriegervereine usw. zu entreißen. Die Tischlerei ist sozusagen der einzige Industriezweig am Orte, und statt einer Mitgliederzahl von gegenwärtig 38 Kollegen könnte man bei eifriger und energischer Agitation eine ganz andere Zahl erzielen. — Die hiesige Holzzeit scheint von der Existenz des neuen Reichsvereinsgesetzes noch keine Ahnung zu haben. Ein Holzsegeant betrat bei der letzten Versammlung unser Versammlungslokal und frug den Vorsitzenden, ob er eine Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung hätte. Als ihm dieser die nötige Aufklärung verschaffte und ihn zugleich aufforderte, das Lokal zu verlassen, zog der Holzsegeant mit hochrotem Kopfe und entrüsteter Miene ab.

Dortmund. Ein Eldorado für Drechsler ist die Firma Johann Feuerbaum. Den Kollegen werden hier Löhne von 35 bis 42 Pf. gezahlt. Dazu kommt noch, daß in diesem Betrieb die 9/10 stündige Arbeitszeit herrscht. Daß diese Löhne den Verhältnissen in Dortmund nicht im mindesten entsprechen, mag wohl jedem einleuchten, wenn man sich vergegenwärtigt, daß man allein für Kost und Logis 14 bis

15 Mk. bezahlen muß. Dies sahen die dort beschäftigten Kollegen, die bis auf einen organisiert waren, auch ein und beschlossen deshalb, um eine bescheidene Lohnerhöhung anzugehen. Herr Feuerbaum, der jedenfalls von der Sache Wind bekommen hatte, erklärte aber den Kollegen gleich, daß sie entlassen wären. Und so war es. Die liberale Arbeiterfreundlichkeit dieses Mannes war so groß, daß er die Kollegen zum Pfingstfest auf das Straßenpflaster warf. Wenn Herr Feuerbaum aber glaubt, durch derartige Manöver solche Hungerlöhne weiterbezahlen zu können, so befindet er sich ganz gewaltig auf dem Holzweg. Die Zukunft wird diesen Herrn noch lehren, daß, wenn er Gesellen haben will, er auch etwas anständigeres, den jetzigen Verhältnissen entsprechende Löhne zu zahlen hat. Für heute mag das genug sein; sollte aber bei dieser Firma keine Änderung eintreten, so werden wir uns noch öfter und eingehender damit beschäftigen. Den reisenden Kollegen möchten wir aber raten, diese Werkstatt zu meiden oder sich erst genau beim Arbeitsnachweis der Holzarbeiter über diesen Musterbetrieb zu erkundigen.

Gärtha. Einem vielfach geäußerten Wunsch der Kollegen entsprechend, hielt in unserer Mitgliederversammlung am 28. Mai unser Kollege Lauter aus Dresden einen Vortrag über Tarifverträge. Leider war die Versammlung nicht gut besucht; nur 20 Prozent der Mitglieder waren erschienen. Ja nicht einmal die Kommissionsmitglieder halten es für nötig, ihre Versammlungen zu besuchen, anstatt daß sie mit agitieren sollten, daß dieselben gut besucht würden. Kollegen, ist es Bosheit oder ist es Furcht, daß ihr die Versammlung schwänzt, oder glaubt ihr, euch dem Klimbim mehr widmen zu müssen als wie der Organisation? Kollegen, vergeßt nicht, daß beim letzten Streit nicht viel erreicht worden ist, schließt euch wieder in die Reihen der Kämpfer und besucht die Versammlungen.

Löbau. Einen recht merkwürdigen Eindruck macht die wiederholte Entlassung von eingerichteten, verheirateten Tischlern in der Pianofabrik von A. Förster hier. Bei den ersten Entlassungen glaubte man, daß der flauere Geschäftsgang die Ursache sei, obwohl von den Arbeitern als Grund der Entlassung die agitatorische Tätigkeit für den Verband vorgeschoben wurde. Dieser Vorwand konnte aber niemals ernstlich genommen werden, da doch seitens des Verbandes eine agitatorische Aktion niemals im dortigen Betriebe stattgefunden hatte. Im Gegenteil, die Verbandsmitglieder haben sich von allem zurückgezogen, wo es an der Zeit gewesen wäre, die Organisation auszubauen. Die beste Agitation, die bisher in diesem Betriebe stattfand, hat der Monat Mai aufzuweisen. Ohne jedes Zutun von der Verbandsstelle meldeten sich eine ganze Reihe Kollegen zum Verbandsan. Der Anschlag wegen Aufhebung der Kündigung hatte so manchen zum Beitritt veranlaßt, ebenso die grundlosen Entlassungen, wie sie jetzt so häufig vorkommen. Es hat sich bei den letzten Entlassungen aber bereits herausgestellt, daß nicht der Meister, Herr Götzlar Förster, der Raupschmeißer ist, das besorgt vielmehr in erster Linie Herr Ferdinand Vater, der ehemalige Vorstand des Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaftsvereins. Am 23. Mai erfolgte abermals eine Entlassung. Hierbei ist es klar erwiesen, daß Herr Vater dem Chef erst nach der Kündigung Mitteilung von der Entlassung machte. Diese nachträgliche Mitteilung lautete folgendermaßen: „Herr Förster, der Mann soll heute aufhören, er ist stets unzufrieden mit der Arbeit und ist ein Agitierer, im übrigen läßt seine Arbeit zu wünschen übrig.“ Auf diese Weise wird Herr Förster, der sonst im allgemeinen immerhin noch als ein humaner Fabrikant bekannt war, sozusagen über Ohr gehauen und ihm das Gegenteil von dem berichtet, was ihm berichtet werden soll. Daß solche Fagen nicht dazu angetan sind, die Firma in guten Ruf zu bringen, wird auch Herr Förster einsehen, und muß es ihm selbstverständlich überlassen bleiben, ob er Gewohnheiten in seinem Betriebe einweisen lassen will, die ein anderes Urteil zu fällen erlauben, als es bisher die Umstände gestatteten. Hoffentlich wird es sich Herr Förster angelegen sein lassen, in der Zukunft die Aufgaben seiner Vertreter sorgfältig zu untersuchen, die es ihm angelegen sein lassen, in seinen Handlungen, deren Stellen sofort wieder durch andere Arbeitende besetzt werden, ohne weiteres aus dem Arbeitsverhältnis zu entlassen.

Klützingen. Wir sehen uns leider genötigt, wieder einmal die Spalten unserer Zeitung zu benutzen. Diesmal müssen wir uns mit dem Tischlermeister Junghans beschäftigen, denn die Werkstätte des Junghans gleicht einem Taubenstall. Obgleich dieser Meister einen Gesellen beschäftigt, annoncierte dieser Herr vor einiger Zeit in der „Medienburger Volkszeitung“, daß er noch einen Gesellen auf dauernde Arbeit suche. Wie die dauernde Arbeit ist, zeigt nachstehender Fall. Auf die Annonce hatte sich ein Kollege aus Süß gemeldet, der aber nicht angefangen hat. Danach wurde Herrn Junghans ein Kollege von der Zahlstelle gefandt, der auch in Arbeit trat, aber nur auf acht Tage, denn der Tischlermeister Junghans gab diesem 32 Pf. Stundenlohn. Obgleich er zu einem Kollegen in Jaugen gegenwart sagte, ich gebe 35 Pf. Mindest- und 38 Pf. Höchstlohn, zahlte er diesem Kollegen doch nur 32 Pf. Damit kann hier keiner auskommen, wenn man für Kost und Logis 12 Mk. pro Woche zahlen soll. Wir möchten die auswärtigen Kollegen vor dieser Werkstätte warnen und sie ersuchen, bevor sie hier in Arbeit treten, sich an den Bevollmächtigten Kollegen J. Dehmk, Breitestr. 23 II, zu wenden.

Meiße. Am 1. Juli läuft der mit den hiesigen Arbeitgebern im Jahre 1906 abgeschlossene Tarif ab. Unsere Kollegen hatten die Absicht, den Tarif zu kündigen und neue Forderungen zu stellen. Die Lokalverwaltung wandte sich rechtzeitig an den Vorstand der „Christlichen“, um mit ihm in Verhandlung zu treten. Es fand denn auch eine Sitzung statt, wo die Vertreter der Christen erklärten, sie hätten mit ihren Mitgliedern noch nicht über die Lohnbewegung gesprochen, sie würden es aber nachholen und uns rechtzeitig in Kenntnis setzen. Inzwischen verstrich die Kündigungsfrist, Antwort haben wir aber bis heute nicht erhalten. Daß über solche Handlungsweise unsere Kollegen entrüstet sind, ist nur zu erklärlich, zumal es die „Christen“ vor zwei Jahren waren, die sich die Lohnbewegung auf ihr Konto schrieben und damit haufieren gingen, sie hätten die Lohnbewegung in Meiße gemacht. Hoffentlich werden die christlichen Kollegen aus dem Verhalten ihrer Führer die richtige Lehre ziehen. Freilich gibt es unter ihnen auch

Leute, die in ihrem fanatischen Gaf Freude darüber äußern, daß unsere Kollegen um die Früchte ihrer Organisation betrogen worden sind; daß sie sich dabei ins eigene Fleisch schneiden, können diese Elemente nicht begreifen. An unseren Kollegen wird es liegen, dafür zu sorgen, daß die „christlichen“ Räume nicht in den Himmel wachsen und daß unsere Organisation am Orte so eskaliert, daß wir bei weiterer Versagen der Christen in der Lage sind, selbständig zu handeln. Für diesmal müßten wir aus tatsächlichen Gründen und weil die Christen fast ebenso stark als wir waren, davon Abstand nehmen.

**Prenzlau.** Die Lage der hiesigen Tischler ist eine sehr kümmerliche. Bei einem Durchschnittslohn von 19 Mk. ist es nicht möglich, sich menschlich zu ernähren. Wenn die Laubheit der Kollegen aber so weiter geht, wird es schließlich noch zur Auflösung der Zahlstelle führen, was eine weitere Verschlechterung zur Folge haben dürfte. So wie in letzter Zeit, wo von 52 Mitgliedern in der Regel nur 10 bis 15 es der Mühe wert hielten, sich in der Versammlung sehen zu lassen, geschweige an den Verhandlungen teilzunehmen, kann man die Interessen der Kollegen nicht genügend vertreten. Wenn gerade die älteren Kollegen, die sich stets gerne rühmen, politisch wie gewerkschaftlich organisiert zu sein, es nicht der Mühe wert halten, wenigstens alle Vierteljahr einmal zur Versammlung zu gehen, dann ist es eben tief bedauerlich. So kann es nicht weiter gehen; wenn es die Kollegen ernst meinen mit der Sache, dann wäre es an der Zeit, sich endlich aufzuraffen. Die Kollegen werden sich erinnern, daß die Lohnbewegung, die von der Lokalverwaltung geplant war, in diesem Jahre erfolgreich durchgeführt wäre, wenn nicht die bestgestellten Kollegen dagegen gearbeitet hätten. So etwas sollte nicht vorkommen. Um vorwärts zu kommen, müssen wir zusammenhalten. Darum auf, Mann für Mann, besucht die Versammlung regelmäßig, damit wir unsere Lage besprechen und eine Verbesserung herbeiführen können!

**Waldenburger i. Schlef.** Am 7. Juni fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Meißel aus Schweidnitz über „Zweck und Nutzen des Deutschen Holzarbeiterverbandes“ referierte. Er entledigte sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise und der starke Beifall bewies, daß er den Kollegen so recht aus dem Herzen gesprochen hatte. Nach dem Vortrag setzte eine lebhafte Diskussion ein, in welcher die hier herrschenden Zustände geschildert wurden. Die Arbeitszeit beträgt hier 60 bis 70 Stunden, bei Löhnen von 12, 15 und 18 Mk. Nur in seltenen Fällen verdient hier ein Kollege 21 Mk. Vor kurzer Zeit hatten die Waldenburger Meister ihren Kunden im „Wochenblatt“ mitgeteilt, daß infolge der „gestiegenen Gesellenlöhne“ um 10 Prozent zu erhöhen. Da aber die Löhne nicht gestiegen sind, hätten die Kollegen sich doch sagen müssen die Meister schreiben von gestiegenen Löhnen und wir verspüren absolut nichts. Die Folge müßte nun sein, daß sie sich alle bei uns einfänden, um wirklich die Löhne etwas zu erhöhen. Aber unsere Kollegen rührt das nicht im mindesten. Von der größten Firma der „Kunstschleier“ von Vogt ist auch nicht einer organisiert von 15 dort Beschäftigten. Diese Kollegen gehen lieber in die „Bruderschaft“, um sich dort über ihre schlechte Lage hinwegzutrinken. Sie sind wahrscheinlich der Meinung, daß sie mit 18 bis 21 Mk. Lohn schon alles erreicht haben und als Arbeiter eben nicht mehr zu erhalten brauchen. Auch die Zustände in anderen Wüden wurden in der Debatte gestreift und der Wunsch ausgesprochen, daß doch endlich einmal etwas getan werden möge, eine Besserung zu erreichen. In Kost und Logis beim Meister wird hier 5 bis 6 Mk. durchschnittlich gezahlt, das sind, wenn man die „Kost“ mit 8 Mk. berechnet, 13 bis 14 Mk. Wochenlohn. Von den Kollegen aus Altwaasser wurden die Wüden von Weinlich und Paschte kritisiert. Bei Weinlich wurde der „Herr im Hause“-Standpunkt gerügt und bei Paschte die lange Arbeitszeit und der schlechte Lohn. Auch die Kost wurde getadelt. Die Debatte zeigte also, daß noch ein weites Arbeitsfeld vor uns liegt. Mehrere Kollegen erklärten ihren Beitritt, so daß von den freigeordneten Kollegen 21 in diesem Quartal beigetreten sind. In seinem Schlußwort erwähnte der Referent die Kollegen zu reger Mitarbeit, um, sobald eine bessere Geschäftslage eintritt, die „gestiegenen“ Gesellenlöhne erst in die richtige Höhe zu bringen. — Bemerk sei noch, daß Sonntag den 28. Juni ein Ausflug mit Damen nach dem reizenden Reimshachtal und Aufstieg nach dem Hornschloß stattfindet. Treffpunkt früh 7 Uhr auf dem Dickerbacher Bahnhof. Zu diesem gemütlichen Beisammensein werden alle Kollegen und deren Damen eingeladen.

**Wilsdruff.** Wegen der Feier des 1. Mai wurden bei der Firma Artur Götzel am 2. Mai sämtliche Kollegen entlassen. Bedauerlicherweise haben sich die Kollegen nach 14 Tagen dem Unternehmer selbst wieder angeboten; hauptsächlich waren es die Unverheirateten, gegen welche dieser Vorwurf erhoben werden muß. Infolgedessen konnte der Unternehmer Auslese halten und wurden 8 Kollegen, darunter der frühere und der jetzige Vertrauensmann der Zahlstelle, bis 6. Oktober ausgesperrt. Der menschenfreundliche Plan gelang zum Glück nicht, denn 2 Kollegen befinden sich wieder in anderen Betrieben, während der dritte in nächster Zeit untergebracht wird. Immerhin ist der Ausgang der Aktion beschämend. Jeder Vorstoß zur Verbesserung unserer Lage wäre zwecklos, wenn die Kollegen nicht mehr Rückgrat besitzen. Auch in den anderen Betrieben sieht es traurig aus, und zwar liegt das lediglich an der Schlappheit der Kollegen. Im größten Betrieb, der Firma Eger & Koch, ist kaum ein Drittel organisiert, und diese müssen bei der Ausübung der Verbandsaktivität sehr vorsichtig sein; kann es doch dort bei der Verteilung von Handzetteln vorkommen, daß diese eher im Kontor sind, als der Verteiler fertig ist mit dem Ausstellen. Die Feier des 1. Mai wurde von allen Unternehmern verboten, dafür gab es in einigen Betrieben Bier und auch ein Stück Wurst, so auch im Betrieb von Th. Schubert. Am Pfingstsonnabend dagegen stand groß mit Kreide am Tor des Betriebs zu lesen, die Arbeit beginne erst am 15. Juni wieder; also können dort die Kollegen acht Tage gleich als einmal feiern, während einen Tag zu feiern unmöglich war! Dasselbe gestattet man auch den Kollegen von der Firma Gebrüder Müller; dieselben können sich bis zum 11. Juni mit Arbeitsruhe befassen. Wehlet man die hiesigen Betriebe, so findet man überall Schlappheit und Interesslosigkeit bei den Kollegen, deshalb können die Unternehmer den Arbeitern

auch alles bieten. Die Taktik der Unternehmer geht dahin, fremde Zureisende einzustellen und die am Orte Arbeitslosen hinauszuschieben. Wir machen deshalb den zureisenden Kollegen strikte zur Pflicht, ehe sie in die Wüden stürmen, sich an den hiesigen Arbeitsnachweis zu wenden, denn so nur kann diesem Treiben ein Ende gemacht werden. Kollegen, rafft euch auch, laßt allen Haber und Zwist fallen unter euch, denn so nur können wir vorwärts kommen.

**Witten a. Ruhr.** Der Möbelfabrikant Wilhelm Wahle in Annen will sich einen Namen als Scharfmacher machen. Einem Arbeiter, der schon ein Jahr bei ihm in Arbeit stand, wurde von dem noch so jugendlichen Arbeitgeber ins Gesicht geschlagen und sofort entlassen, weil er sich erkühnte, eine kleine Lohnerbhöhung zu verlangen. Der Kollege klagte jedoch am Gewerbeamt wegen Kündigungsloser Entlassung, und der schneidige Arbeitgeber mußte bezahlen. Um den Heger mühe zu kriegen, wie sich Herr Wahle ausdrückte, kündigte er dann dem Bevollmächtigten der hiesigen Zahlstelle, mit der Mitteilung, schon dafür sorgen zu wollen, daß der Kollege nicht so schnell wieder Arbeit erhalten würde. Dem Gauvorstand, der zweimal bei Wahle vorstellig wurde, um die Zurücknahme der Kündigung zu erwirken, erklärte er, unter keinen Umständen in seinem Betriebe einen Heger noch zu dulden. Ein solches Verhalten würde Herr Wahle schon unterlassen, wenn seine Arbeiter alle organisiert wären, aber leider wollen diese vom Verband nichts wissen, weil es ihnen anscheinend noch zu gut geht. Herr Wahle versteht es denn auch meisterhaft, seine Getreuen ja von den Verbänden fernzuhalten. So hat er jetzt seine sämtlichen Schreiner und Antreiber in hiesigen Flottenvereine als Mitglieder aufnehmen lassen und selbst dafür das Eintrittsgeld à 2 Mk. bezahlt. Ab und zu traktiert Herr Wahle seinen getreuen Arbeitern auch Freibier. Vor lauter Freude, daß seine Wüde von den Verbänden gesäubert ist, spendierte er in seiner Fabrik ein Faß Freibier und einen Schinken. Dieser Vorfall kennzeichnet so richtig diesen Arbeitgeber, aber zu bedauern ist es, daß es immer noch Arbeiter gibt, die sich derartig von ihrem Arbeitgeber einfangen lassen. Nun wird wohl die Akkordpreisreduzierung nicht lange ausbleiben, die Herr Wahle schon längst gerne vorgenommen hätte. Dann werden wir einmal sehen, ob der Flottenverein auch die Interessen der Arbeiter vertreten wird. Hoffentlich werden aber die Schreiner der Wälschen Wüde ihre verderbliche Handlungsweise bald einsehen und sich dem Verbände anschließen, ehe es zu spät ist. Dem Herrn Wahle möchten wir aber anheimgeben, seine Agitation gegen den Holzarbeiterverband einzustellen, sonst kann es ihm gehen, wie schon so manchem Scharfmacher, nämlich daß er sich an unserer Organisation noch die Zähne ausbeißt.

**Würgburg.** Die Holzarbeiter Würgburgs zeigen seit einiger Zeit eine Interesslosigkeit, welche zum Nachdenken veranlaßt. Die Mitgliederversammlungen werden ohne Ausnahme sehr schlecht besucht. Dasselbe Bild findet man in Werkstattversammlungen. Die Kollegen zahlen lediglich ihre Beiträge, kümmern sich aber sonst um nichts. Wenn jedoch in den einzelnen Betrieben nicht alles klappt, dann räsonieren sie über den Verband, was das Zeug hält. Kollegen, besucht regelmäßig eure Mitglieder- und Werkstattversammlungen und helfet kräftig mit an dem inneren Ausbau des Verbandes. Die Zeiten sind doch wahrlich ernst genug. Im Laufe des Winters hat hier, wie an mehreren Orten Bayerns, der Arbeitgeberverband seinen Einzug gehalten. Diese angeschlossenen Mitglieder fühlen sich auch schon als die Herren der Situation, zumal in der Zeit der Krise. Allen voran Herr Fritz Seitz, der in der Landesverwaltung für Bayern (des Schuhverbandes) als Schiedsrichter fungiert. So klagte er im vorigen Jahre, daß er keine Leute befäme, was nicht zu wundern ist, da er ja die horrenden Stundenlöhne von 35 bis 42 Pf. zahlt. In diesem Jahre ist gerade er es, der jede Gelegenheit benützt, lange Jahre bei ihm beschäftigte Kollegen zu entlassen, weil sie sich mißlieblich gemacht haben. Sein Versuch, den Lohn zu reduzieren, ist allerdings an dem Zusammenhalt der Arbeiter gescheitert. Den Kollegen, die hier zureisen, werden bei diese Mustermeister empfohlen. Der Beispiel-Würgburger bei Herr Fritz Seitz, der seinen Betrieb im selben Betriebe am liebsten die Plätze ansuchte, wo er ungehört seine Unterhaltung pflegen konnte, beliebt es heute, die Arbeiter als Drückeberger und Faulenzer zu titulieren. Statt für neue Arbeiten zu sorgen, damit die Leute nicht aufgehoben sind, glaubt er, im Holtzeit- und Spizeldienst seine Arbeit erledigt zu haben. Wüden den einzelnen Dutzkollegen auch noch die Augen aufgehen. Noch schlimmer sieht es in der Würgheimerischen Werkstatt aus. Diesen Kollegen möchten wir besonders zurufen, laßt jeden Pant und buhlt nicht um die Gunst eines Meisters, den ihr Werkmeister nennt, und kümmert euch mehr um die Interessen des Verbandes, dann werden wir auch da geordnete Zustände schaffen können. Auch soll bei der Firma Osberg der junge Herr Osberg einen Ton anschlagen, den man gewöhnlich Kasernenhosen nennt, der aber nicht gut in eine Hofmöbelfabrik paßt. Bei Lukas Seitz & Götzel ist immer noch eine Anzahl Kollegen, die nicht wissen, wo ihr Platz ist, und sich wohl fühlen, wenn sie statt eines angemessenen Lohnes einen Orden erhalten. Wir rufen euch heute zu: Fort mit dem Indifferenzismus, fort mit aller Interesslosigkeit und allem Schlandrian, und wir werden vorwärts kommen.

### Unsere Lohnbewegung.

**In Cottbus** scheinen Differenzen bevorstehend. Bei Verteilung sind fast sämtliche Kollegen entlassen. Der neue Werkführer will die Akkordarbeit einführen, und da die alten Arbeiter dies nicht wollen, werden alle entlassen. Im übrigen herrscht hier eine Arbeitslosigkeit wie noch nie. Fast zehn Prozent unserer Mitglieder, alles Verheiratete, sind davon betroffen. Es empfiehlt sich daher, Cottbus zu meiden. Ausführlicher Bericht später.

**In Düben** ist der Streit der Korbmacher noch nicht beendet. Zugang ist noch weiter streng fernzuhalten.

**In Götting** dauert der Kampf in der Waggonfabrik fort. Der Direktor gelang es, durch den Arbeitsvermittler Mayer in Hamburg, Steinritz, 70, dessen Institut den schönen Namen „Glückauf“, trägt, circa 50 Streikbrecher zu erhalten, worunter 4 Holzarbeiter sein sollen. Um zu verhindern, daß diese Elemente mit den Ausgesperrten in Verbindung

kommen, hat man das Sägewerk in eine Herberge umgewandelt und den Zaun mit vier Meter hohen Brettern vermagelt. Außerdem fehlen auch die Holzstämme und Gendarmen nicht. Zum Überflüssigen wird Bier, Zigarren, kurz alles an diese Streikbrecher abgegeben. Trotzdem haben es 13 Mann vorgezogen, dieses Paradies zu verlassen; jedenfalls werden ihnen noch mehrere folgen. Im Beschimpfen leisten die Streikbrecher natürlich nicht zu wenig, so beschimpften sie anständige Frauen in der gemeinsten Weise. Auch unser Herr Betriebsingenieur Wessel scheint sehr aufgeregt zu sein, denn er weiß Leute von Grund und Boden, der die Fabrik nichts angeht, und nennt die Leute auch noch Feiglinge. Herr Direktor Kant ist auf Reisen, ob er neue „Kräfte“ sucht, wissen wir nicht. Da von verschiedenen Städten Streikbrecher hierher kommen sollen, möchten wir die Kollegen allerorts ersuchen, auf der Hut zu sein, denn wenn es gelingt, den Zugang auf ein geringes Maß zu beschränken, muß der Sieg in diesem schweren Kampfe unser werden.

**In Grabow in Mecklenburg** ist der Streit der Schiffszimmerer bei der Firma Hinjmann beendet. Dem Eingreifen des Gauvorstehers gelang es, eine Verständigung herbeizuführen. Es war eine Erhöhung der Stundenlöhne um 8 Pf. gefordert; bewilligt wurde ab 1. Juli eine Zulage von 1 Pf. und ab 1. August ein weiterer Pfennig. Der dritte Pfennig soll ebenfalls am 1. April 1909 gezahlt werden. Die Arbeitszeit wurde von 10 $\frac{1}{2}$  auf 10 Stunden verkürzt. Der erzielte Erfolg ist um so höher anzuschlagen, als der örtliche Arbeitgeberverband erklärt hatte, daß unter keinen Umständen etwas bewilligt werden dürfe und daß der Streit auf jeden Fall mit einer Niederlage der Arbeiter enden müsse. Hoffentlich hat dieser neunwüchtige Kampf zur Folge, daß die Kollegen nun um so fester zur Organisation halten.

**In Grimma** sind die Differenzen der Korbmacher bei der Firma Julius Treubar noch nicht beigelegt. Am 13. Juni haben außer den Kollegen Meißer, Butschki und Stelzer abermals drei Kollegen die Arbeit niedergelegt. Die Firma versucht nun, die Körbe durch ungelernete Arbeiter und Frauen anzufertigen zu lassen. Wie weit sie damit kommt, wird sie ja sehen. Rein richtig denkender Kollege darf hier um Arbeit nachfragen, denn die Firma braucht Korbmacher immer noch sehr notwendig. Daher ist Zugang streng zu vermeiden.

**In Hof in Bayern** suchen die Arbeitgeber mit allen Mitteln, Gesas für die Ausgesperrten zu gewinnen. So suchen sie in den Provinzialblättern Tischler wegen Arbeitermangel. Auch in größeren Städten sind sie auf der Suche, so in Chemnitz und Plauen. In letzterem Orte wurde ihnen ja heimgeleuchtet; auf Offerten hin meldeten sich einige Arbeitslose. Nachdem sie aber erfahren hatten, wohin die Felle gehen sollte, verzichteten sie, und der Arbeitervermittler Herr Triebner mußte allein wieder nach hier. Am Bahnhof standen seine Kollegen, die schon im voraus die zu erwartenden Tischlergesellen unter sich verteilt hatten. Mit langen Gestikern und unter dem Gelächter unserer Streikposten zogen sie beschämt von dannen. — Wir bitten die Kollegen in den umliegenden Zahlstellen, unsere Bewegung im Auge zu behalten und für Fernhaltung des Zuganges zu sorgen.

### Aus der Holzindustrie.

#### Die Geigenbauer von Mittenwald.

Im „Berliner Tageblatt“ schreibt Hermann Jaques: „Es ist wirklich sehr fatal, wie die Kultur mit ihren Zerwürfen auf Automobilen und neuen Bahnlinien in die Beschaulichkeit der stillen Bergtäler vordringt. Arg bedrängt wird jetzt auch Mittenwald, das reizende, einsame Dörfchen an der Poststraße nach Zirl und Innsbruck, wo die Kultur nun den Ruhestreunden durch den Bau der neuen Bahnlinie, die von Garmisch-Partenkirchen über Scharnitz, Mittenwald, Zirl nach Innsbruck führt, große Unbequemlichkeiten verursacht. Eine Hochburg des Rückschritts-Teufels ist dieses allerliebteste Mittenwald, von dem die meisten Wanderer wohl nur wissen, daß es gebettet liegt zwischen blühenden Alpenwiesen und rauschenden Wäldern, und daß seine Bewohner sich seit undenklicher Zeit vom Geigenbau ernähren. Die Geigen von Mittenwald sind ja in der ganzen Welt bekannt. Noch ist kein Spatenstich getan für den neuen Bahnbau, und doch hat die bevorstehende Ankunft der Kultur eine Unruhe hervorgerufen, die das Brausen der Wildbäche und der endlosen Hochwälder überhört; und aus dem Lärm heraus hört man deutlich die Stimmen des Teufels, der sich vergeblich bemüht, unter den Geigenbauern von Mittenwald die alte Ordnung aufrechtzuerhalten.“

Diese Geigenbauer von Mittenwald haben sich nämlich plötzlich auf ihre Menschenrechte besonnen und dem Teufel einen Kontrakt gekündigt, der wie ein Überbleibsel aus den Tagen der Selbstlosigkeit ammutet.

Seit mehr als hundert Jahren gibt es in Mittenwald zwei Firmen, die den Geigenbau gleichfalls als Monopol in den Händen haben. Sie verteilen das Rohmaterial und disponieren über die Arbeit der einzelnen Geigenbauer, der Lohn aber, den sie den Arbeitern für eine oft sechzehnstündige Tagesarbeit zahlen, beträgt in der Woche durchschnittlich 9 Mark und steigt auf höchstens 12 bis 14 Mk. Neben diesen Firmen gibt es in Mittenwald auch eine staatliche Geigenbauerschule, aber auch hier liefern die Firmen das Rohmaterial und beherrschen somit auch dieses staatliche Institut. Die Bewegung, die nun seit einiger Zeit in Mittenwald im Gange ist, geht dahin, daß die Regierung selbst die Ware liefern soll, allein damit dürften die Wurzeln des Übels nur zum Teil ausgerottet sein, die traurige Lage der Geigenbauer würde sich dadurch nur wenig bessern.

Jedenfalls ist der Stein ins Rollen gekommen, und er wird, ernst bearbeitet, von den ersten Vorboten der nahenden Kultur, von dem breiten Rücken des schlauen Teufels nicht mehr aufgehoben werden. Ein neues Leben regt sich

überall in den einsamen Tälern von der Passstraße nach Innsbruck, die Spekulation ist erwacht und beschäftigt sich eifrig mit den heute noch unwegsamen Bergwiesen, wo der blaue Enzian blüht.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat sich sehr viel Mühe gegeben, um die Lage der Heimarbeiter in der Holzindustrie zu erforschen und an ihrer Besserung mitzuwirken.

Damals ist in der bürgerlichen Presse behauptet worden, die von uns gemachten Angaben über die Löhne der Mittenwalder Geigenbauer seien falsch.

Im übrigen können wir es nur mit Freude begrüßen, daß die Mittenwalder Geigenbauer erwacht sind und alles versuchen wollen, um ihre wirtschaftliche Lage zu heben.

Einem echt christlichen Streich hat sich in Bremen ein Teil der Mitglieder des Christlichen Holzarbeiterverbandes geleistet unter der Führung des christlichen Unternehmerliebings und Arbeiterssekretärs, ehemaligen Tischlers Moritz.

In gemeinsamen Sitzungen mit Vertretern des Rohrfabrikanten wurde die Angelegenheit auf dem christlichen Sekretariat beraten.

Durch die Hilfe der Christen war dem Unternehmer der Ramm mächtig geschwollen, die Arbeiter mußten schließlich unter dem Drucke der Verhältnisse die Arbeit unter den schlechteren Bedingungen wieder aufnehmen.

Der Christliche Holzarbeiterverband hat in echt christlicher Weise dafür gesorgt, daß die Bühne, die durch jahrelange Kämpfe unsererseits in die Höhe gebracht waren, um 15 Prozent gesunken sind.

Schreckliche Verhandlungen. Unter diesem Titel beschäftigt sich die „Frachzeitung“ des eingehenden mit unserem Verbandstage.

Wir haben diesen Ausführungen trotz des läppischen Angriffs auf Kollegen Neumann, den sie enthalten, hier Raum gegeben, weil es nach unserer Meinung für unsere Kollegen nur von großem Interesse sein kann, zu erfahren, wie die Unternehmer über unseren Verband und über unsere Organisation denken.

Herr C. Mahardt, der Vorsitzende des Arbeitgeber-Schutzverbandes und Obermeister der Berliner Tischlerinnung wird nunmehr ins Parlament einziehen.

Der 23. deutsche Korbmachertag findet am 27. und 28. Juli in Bremen statt. Aus der Tagesordnung nennen wir: „Die Errichtung freier wirtschaftlicher Vereinigungen innerhalb des Korbmacherhandwerks“.

Vereinigung der Fabrikanten geschmiedeter und gestrafter Möbeteile. Man schreibt der „Frankfurter Zeitung“: Die neulich in Berlin abgehaltene Frühjahrsversammlung dieser Vereinigung beschloß einstimmig, an den im Oktober 1907 festgesetzten Minimalpreisen und Preiszuschlägen festzuhalten.

Verband Deutscher Jalouzie- und Rolladenfabriken, G. m. b. H., Frankfurt a. M. Seitens des Verbandes erhält die „Frankfurter Zeitung“ nachfolgende Mitteilung: Dieser seit dem Jahre 1900 bestehende Verband hält an G. m. b. H. in Wiesbaden seine Generalversammlung ab, welche sich insbesondere mit der Verlängerung des Verbandes zu beschäftigen hatte.

Brand einer Zelluloidfabrik. In Ottafing bei Wien geriet am 6. Juni eine Zelluloidfabrik in Brand, 17 Arbeiter verbrannten.

Menschenopfer, unerhört! Hier ist an den Arbeitern in der unerhörtesten Weise gesündigt worden, und zwar vom Unternehmer wie von der Regierung.

Gewerkschaftliches.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1907.

Nunmehr liegt eine Übersicht über die Entwicklung der Mitgliederzahlen und des Massenwesens der freien Gewerkschaften im Jahre 1907 vor, so daß es möglich ist, mit einigen Strichen ein Bild über das Gewerkschaftswesen im genannten Jahre zu geben.

Table with 5 main columns: Organisation, Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres, Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres 1907, Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres 1906, Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres 1907. Includes sub-columns for 4. Quartal 1906 and 4. Quartal 1907. Lists various professions like Buchdrucker, Schlosser, etc.

Nach dieser Zusammenstellung hatten die deutschen Zentralverbände am Schlusse des Jahres 1907 1878 146 Mitglieder gegen 1799 298 Ende 1906.

Recht gut hat sich das Massenwesen der Gewerkschaften entwickelt. Die Zentralverbände hatten im Jahre 1907 eine Gesamtmitgliedschaft von 51 396 784 (1906 41 602 939) Mitgl.

Eine eingehendere Würdigung der Gewerkschaftsstatistik behalten wir uns noch vor.

Das Tarifwesen im deutschen Buchdruckgewerbe. In dem neuen Tarifkommentar, den das Tarifamt für Deutschlands Buchdrucker vor kurzem herausgegeben hat, befindet sich auch eine tabellarische Darstellung der Entwicklung des Tarifwesens im Buchdruckgewerbe.

Table showing tariff development in the printing industry. Columns: Im Jahre, von Firmen, von Gehilfen, in Orten. Rows for years 1897 to 1908.

Es ist ein erfreuliches Bild des Fortschreitens des Tarifwesens, das uns diese Zahlen geben.

Der Lederarbeiterverband hielt seine Generalversammlung vom 17. bis 22. Mai in Frankfurt a. M. Da die Verschmelzung der verschiedenen Organisationen zu einem Industrieverband der Lederarbeiter, der schon längere Zeit erwogen und jetzt spruchreif geworden ist, auf der Tagesordnung stand, sind auch Vertreter der in Betracht kommenden Verbände anwesend, um ihre Stellung zur Verschmelzung darzulegen.

Lebendarbeiterverband allein keinen Wert legen. Die Parteiführer lehnen die Verschmelzung ab, während die Handwerker zunächst die Verschmelzung mit den Lebendarbeitern anstreben, aber auch dem allgemeinen Industrieverband sympathisch gegenüberstehen. Die Sattler wiederum stehen der Gründung eines Industrieverbandes ziemlich kühl gegenüber, für sie läge zunächst die Verschmelzung mit den Parteiführern in Betracht, die aber ihrerseits keine Neigung zeigen. Nach eingehender Diskussion wurde die Vornahme einer Urabstimmung über die Frage der Verschmelzung beschlossen; auch in den anderen Verbänden soll eine derartige Abstimmung angeregt werden. Die Vertreter der Organisationen, die sich in ihrer Mehrheit für die Verschmelzung erklärt haben, sollen dann zur Erledigung der Formalitäten in einer Konferenz zusammentreten. Beschlossen wurde ferner, die Erwerbslosenunterstützung einzuführen. Der wöchentliche Beitrag beträgt für weibliche Mitglieder 25 Pf., für die männlichen Mitglieder werden zwei Staffeln mit 50 und 65 Pf. Beitrag eingeführt. Die Kranken- und Reiseunterstützung beträgt für weibliche Mitglieder je nach der Dauer der Mitgliedschaft 1,80 bis 2,25 Mark wöchentlich, für männliche 3,60 bis 4,50 Mk. beziehungsweise 4,50 bis 5,40 Mk. Die Arbeitslosenunterstützung am Ort ist höher, sie schwankt in den drei Beitragsklassen von 3 bis 12 Mk. wöchentlich. Die Streitunterstützung beträgt in den drei Beitragsklassen 6, 12 und 14 Mk. Die Gehälter der Angestellten wurden in der Weise festgesetzt, daß das Gehalt der Vorstandsmitglieder von 2000 bis 2700 Mk., das der Gauvorsteher von 1800 bis 2400 Mk. und das der Ortsbeamten von 1800 bis 2100 Mk. steigt. Der Sitz des Verbandes bleibt in Berlin. Die bisherigen Beamten wurden wiedergewählt.

Der Schuhmacherverband feiert in dieser Woche in Gotha das 25jährige Jubiläum seines Bestehens. Am 20. März 1888 erließ Genosse Wod ein Aufruf, in dem auf den 26. August 1888 nach Gotha ein allgemeiner Schuhmachertag einberufen wurde, auf welchem dann der Unterstützungsverein der Schuhmacher gegründet wurde. Aber auch dieser Verein, der sich nur Unterstützungs Zwecken widmete, blieb von Polizeischikanen nicht verschont. Zahllos sind die Verfolgungen einzelner Mitglieder und die Auflösung von Zahlstellen, besonders in den achtziger Jahren unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes. Aber nichts konnte die Ausbreitung der Organisation hindern. Der Sitz des Verbandes wurde nach Nürnberg gelegt und J. Siebert zum Vorsitzenden gewählt, der bis zum Jahre 1902, wo er pensioniert wurde, der Organisation als Leiter vorstand. Langsam hat sich zunächst der Verband entwickelt, nach einjähriger Tätigkeit hatte er erst 1688 Mitglieder. Um so günstiger entwickelte er sich in den letzten 15 Jahren. Kann er doch jetzt 88 158 Mitglieder mustern. Wir bringen dem Verband zu seinem Jubiläum die herzlichsten Glückwünsche dar.

Die Einigung schreitet fort! Die bisher lokalitäre Organisation der Isolierer und Steinhölzleger Deutschlands beschloß auf ihrer letzten Konferenz einstimmig, bis zum 1. Juli aus der freien Vereinigung auszutreten. Weiter erklärte sich die Konferenz im Prinzip mit 11 gegen 5 Stimmen für eine Verschmelzung mit dem Zentralverband der Maurer Deutschlands. Die Isolierer und Steinhölzleger wollen in diesem Verbande eine besondere Sektion bilden. Sollten jedoch die von der Konferenz aufgestellten Be-

dingungen nicht akzeptiert werden, dann soll der Verband als selbständige Organisation bestehen bleiben und der Generalkommission angeschlossen werden. Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt.

In Sachsen bestanden am Jahresluß 1907 nicht weniger wie 60 Gewerkschaftskartelle. Es mehren sich auch die kleineren Orte, in denen sich die Gewerkschaftsangehörigen zu Kartellen zusammengeschlossen haben. Die Gesamtzahl der in den 60 Kartellen vertretenen Gewerkschaftsmitglieder betrug 225 383.

In Berlin sank im letzten Jahre unter dem Einfluß der Krise die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 252 069 auf 235 980.

### Unternehmerbewegung.

#### Die Scharmacher gegen die Privatbeamten.

Zu den geplagtesten und schlechtestentlohnsten Arbeitern und Angestellten der Industrie kann man die technisch-industriellen Beamten zählen. Obwohl es sich in dieser Arbeiterkategorie zum großen Teil um hochqualifizierte Personen handelt, werden sie zumeist von den Unternehmern doch in der unwürdigsten Weise behandelt. Das lag zum großen Teil an der politischen und gewerkschaftlichen Indolenz dieser Kreise. Die Herren Buchhalter, Schreiber und Techniker fühlten sich gemeintlich als etwas Besseres als die Arbeiter; sie gingen ja in besserer Kleidung denn die Arbeiter und waren oft genug zu deren Aufsicht und Kontrolle eingesetzt. Sie fühlten sich vor allem abgestoßen von den gewerkschaftlichen und politischen Bestrebungen der Arbeiterschaft und gaben diesem Abscheu lauten Ausdruck. An eine wirksame Vertretung ihrer Interessen dachten diese Leute nicht, sie mußten sich deshalb auch, von wenig Ausnahmen abgesehen, mit schmalen Einkommen abfinden. Erst spät erwachte auch unter den Privatbeamten das Gefühl für Menschenwürde, größere Bedürfnisse machten sich bei ihnen geltend; es kam zum teilweisen organisatorischen Zusammenschluß dieser Beamtenkreise. Teilweise wurden von ihnen schon Forderungen auf Besserstellung ihrer Lage an die Unternehmer gestellt. Das dürfte natürlich nicht ungerochen bleiben, und so organisieren die Scharmacher jetzt einen Kreuzzug gegen die Privatbeamtenorganisationen, wie sie das bisher ebenso gegen die Arbeitergewerkschaften getan haben. Die „Frankfurter Zeitung“ ist in der Lage, folgendes Rundschreiben des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller veröffentlicht zu können:

Streng vertraulich! Nürnberg, den 5. Juni 1908.

An die Mitglieder des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller.

Der Vorstand des Verbandes hat in seiner Sitzung vom 21. Mai 1908 folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Es wird gegenüber den Bestrebungen des Bundes Technisch-Industrieller Beamter Stellung in der Art genommen, daß nach Möglichkeit auf Reduzierung der in den einzelnen Werken beschäftigten Mitglieder hingewirkt wird, insbesondere sind bei Neuaufnahmen Erkundigungen

nach der Angehörigkeit zu diesem Bunde anzustellen und haben Neuaufnahmen für diesen Fall zu unterbleiben.

Ferner wird ein Antrag, an den Gesamtverband deutscher Metallindustrieller gestellt, in die Beratung gemeinsamer Maßregeln mit tunlichster Beschleunigung einzutreten und schon jetzt seinen Mitgliedern die gleiche Stellungnahme wie oben bezeichnet zu empfehlen. In dieser Richtung ist auch auf den Verein deutscher Arbeitgeberverbände einzuwirken.

2. Die gleiche Stellungnahme soll gegenüber nachstehenden kaufmännischen Organisationen eingenommen werden: Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband Hamburg.

1888er Verein für Handlungs-Kommis Hamburg. Verein Deutscher Kaufleute Berlin und Verband Deutscher Handlungsgehilfen Leipzig.

Bei diesen Verbänden aber soll möglichst jetzt schon eine Ausmerzung der Mitglieder aus den Beamten der einzelnen Werke angestrebt werden.

In dieser Weise haben die Unternehmer jahrzehntelang die Arbeiter und ihre Organisationen bekämpft. Mit dem schließlichem Endergebnis, daß die Gewerkschaften sich zu machtvollen Organisationen entwickelten, die in der Lage waren, die Arbeiterinteressen wirksam zu vertreten. Wir würden es mit Freuden begrüßen, wenn auch dieser Kreuzzug der Scharmacher mit einer Erstarkung der Privatbeamtenbewegung enden würde. Interessant ist jedenfalls, zu beobachten, wie die Scharmacher jetzt auch den Privatbeamten die Lehren des Klassenkampfes ad oculus demonstrieren.

Arbeitsnachweis-Konferenz der Unternehmer. Die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände ladet für 27. Juni nach Berlin zu einer Arbeitsnachweis-Konferenz ein. Die Tagesordnung umfaßt unter anderem: Die Beschäftigung der ausländischen Arbeiter in der Industrie (Berichterstatter: Herr Regierungsassessor Dr. Bodenstein-Essen), die Stellung der Arbeiterorganisationen zu den Arbeitsnachweisen (Berichterstatter: Herr G. Roßsch-Ghemnitz), der Arbeitsnachweis im Buchdruckgewerbe (Berichterstatter: Herr Generalsekretär Dr. Wagner-Berlin), die Forderung auf Schadensersatz bei Arbeitsstreitigkeiten (Berichterstatter: Herr Syndikus Dr. Künzler-Berlin).

Die Unternehmer streben darnach, den Arbeitsnachweis vollständig in ihre Hände zu bekommen zu dem Zwecke, durch den Nachweis die Aussperrung der durch schwarze Listen Verurteilten wirksam durchzuführen. Die Arbeits-, „vermittlung“ soll mehr eine Arbeitsverhinderungsstelle werden.

Der Verband Berliner Metallindustrieller umfaßte Ende 1907 laut Geschäftsbericht 98 Mitglieder mit 68 000 männlichen und 11 000 weiblichen Arbeitern gegen zusammen 74 000 Ende 1906. Der Jahresbericht des Arbeitsnachweises des Verbandes bringt eine Alters-, Gevats-, Ausbildungs- und Herkunftstatistik der Arbeiter.

### Polizeiliches und Gerichtliches.

Verurteilter Streikbrecher in der Schweiz. In Zürich fand im August 1907 ein Streik statt, an dem 22 Arbeiter beteiligt waren, wovon jeder zuhänden des Sekretärs des Holzarbeiterverbandes einen Verpflichtungsschein unterschreiben mußte, wonach er im Falle des Streikbruchs eine Konventionalstrafe von 100 Fr. und die Summe der erhaltenen Streitunterstützung zurückzahlen sollte. Einer der 22 wurde in der Tat zum Verräter, und das Bezirksgericht Zürich verurteilte ihn nun auf erhobene Klage hin, dem Sekretär des Holzarbeiterverbandes die erhaltene Streitunterstützung von 147 Fr. zurückzubehalten, außerdem auch die Konventionalstrafe von 100 Fr., zusammen 247 Fr., ferner hat er die Prozesskosten zu decken. So wird der Streikbruch unrentabel, selbst wenn die Unternehmerorganisation für ihren verräterischen Schlingel die Kosten übernimmt.

Die Unterzeichnung von Sprechsaalartikeln mit gefälschten Namen ist nach einer im Saargebiet geführten Gerichtsverhandlung Urkundenfälschung. Ein in diesem Falle als Verfasser ermittelter Lehrer erhielt eine Freiheitsstrafe.

### Technisches.

#### Neue Fachliteratur.

Das Erscheinen neuer Möbelwerke ist an sich nichts Auffälliges, um so erfreulicher aber, wenn ab und zu wirklich Gediegenes geboten wird. Zu diesen Erscheinungen dürfen wir auch das jetzt erschienene „Die bürgerliche Wohnung“ beitelte zählen. Ein Werk in Mappe, enthaltend 12 Tafeln mit Entwürfen von Wilhelm Michael, Architekt und Kunstgewerbelehrer in Breslau. Druck und Verlag hat die bekannte Verlagsgesellschaft Seemann & Co. in Leipzig übernommen. Das Werk wird zu dem mäßigen Preise von 6,50 Mk. geliefert. Dadurch ist es auch dem Wenigbemittelten ermöglicht, sich in den Besitz desselben zu setzen. Getreu dem gesteckten Ziele: Ausstattung der gut bürgerlichen Wohnung nach künstlerischen und zweckmäßigen Gesichtspunkten, hat auch der Verfasser seine selbstgestellte Aufgabe gelöst. In kräftiger Strichmanier, ohne Effekthascherei, sind die Zeichnungen klar und sauber ausgeführt worden und ebenso im Druck wiedergegeben. Somit ist ein Werk entstanden, das nicht nur gern gesehen, sondern auch fleißig benutzt werden wird.

Auf dem ersten Blatte finden sich Entwürfe zu Küchenmöbeln in originellen Formen, die unseren modernen Ansprüchen an die Ausstattung moderner Innenräume entsprechen. Haben wir uns auf diesem Gebiet viel zu lange von der Tradition fesseln lassen, hier finden wir neue Lösungen zu ebenso praktischen wie originellen Küchen-schränken. Zu einem Kinderzimmer sind auf der zweiten Tafel die gebräuchlichsten Sachen dargestellt. Die Ornamente sind als Schablonenmalerei aufzufassen, die am besten auf naturfarbigem Weichholz wirken werden, welches nur lastet und lachert beziehungsweise gehobelt wurde. Möbel für ein Schlafzimmer enthalten die beiden nächsten Tafeln, sie reihen sich würdig den vorhergehenden an. Die nächsten Blätter schlagen in die Bauschlerei ein, indem sie Türen, Tafelweel, Treppengeländer und dergleichen enthalten, deren

### Arbeitslosigkeit im Monat Mai 1908.

Gau	Anzahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats	Arbeitslose Mitglieder am Orte				Anzahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats	Unterstützung haben erhalten									
		vom vorigen Monat		Gesamtzahl	am 31. Mai		Arbeitslose am Orte				Arbeitslose auf der Reise					
		Mitgl.	Tage				Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage				
Danzig	27	2512	80	58	138	51	2	82	767	930	97	85	66	59	67	4
Stettin	35	2899	76	151	227	77	2	58	457	550	04	264	416	388	28	3
Breslau	35	6525	211	198	404	188	7	239	2849	3932	43	156	277	256	69	4
Berlin	86	38096	3819	3230	7049	3716	10	3018	24195	34197	53	535	7174	1085	10	7
Dresden	50	11497	350	377	727	809	30	158	86	1070	23	375	603	570	27	3
Chemnitz	57	18200	334	493	827	417	23	358	387	498	85	593	901	866	54	—
Erfurt	50	4455	49	46	95	37	11	48	500	751	95	496	668	639	08	4
Hamburg	34	5687	183	203	386	130	18	149	1387	1749	14	841	1223	1163	92	—
Gangburg	62	16743	611	1033	1644	626	93	680	5864	8338	22	1437	2381	2277	71	3
Hannover	45	8624	312	305	617	196	36	291	3233	4301	77	1051	1629	1550	59	1
Düsseldorf	52	7576	131	245	376	123	39	145	1266	1651	30	1458	2242	2118	93	1
Frankfurt	57	9821	259	283	542	234	29	252	2472	3262	29	1617	2673	2532	92	4
Nürnberg	37	8698	134	133	267	119	14	170	1532	1938	20	556	1031	975	81	1
München	40	5868	126	514	640	122	12	85	716	1003	96	562	1101	1070	55	—
Stuttgart	87	8821	67	83	150	61	28	80	811	1078	71	941	1579	1499	01	4
Hauptkasse	—	671	1	—	1	—	1	—	—	—	—	15	16	16	—	—

Zur besseren Übersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

Monat	Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats				Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose					
	1904	1905	1906	1908	1904	1905	1906	1908		
Januar	—	2692	3256	4370	8463	—	2,58	2,47	2,87	5,81
Februar	—	1917	2313	4100	7033	—	1,81	1,72	2,68	4,80
März	—	1559	2121	3688	6529	—	1,44	1,56	2,45	4,43
April	—	1765	2170	3452	6754	—	1,61	1,54	2,32	4,62
Mai	—	1284	2127	2794	6436	—	1,16	1,48	1,87	4,39
Juni	—	1227	1916	2380	—	—	1,08	1,33	1,56	—
Juli	700	1134	1612	2050	—	0,75	1,00	1,13	1,31	—
August	510	901	1227	1751	—	0,54	0,76	0,84	1,17	—
September	774	1060	1633	2575	—	0,76	0,87	1,11	1,72	—
Oktober	1226	1934	2399	3323	—	1,22	1,58	1,62	2,60	—
November	1451	1914	2317	4565	—	1,42	1,49	1,53	3,07	—
Dezember	2782	3290	4649	8256	—	2,72	2,82	3,03	5,53	—

Motive vielfach der Renaissance entnommen sind, aber trotzdem anmutig wirken.

Auf Innarsienstisch und malerische Furnierungen berechnet sind die letzten Tafeln mit Entwürfen zu Möbeln für ein Herrenzimmer und solchen für ein Wohnzimmer.

Da der Verfasser noch weitere Folgen in Aussicht gestellt hat, so dürfte ein Wunsch hier Ausdruck finden, nämlich den einzelnen Entwürfen eine kurze Beschreibung zu widmen und diesen Text auf einem besonderen Blatte beizufügen.

In erfreulicher Weise sehen wir die Weiterentwicklung, die moderne kunstgewerbliche Bewegung auf gefunden Bahnen weiterschreiten, ohne der Sucht zu fröhnen, nun gewaltig Neues zu erfinden, den praktischen Zweck nicht berücksichtigend.

Was ist eine Kilowattstunde? — Wollen wir die Leistung dahinfließenden Wassers, also eines Baches, messen,

so brauchen wir nur seinen Druck und die Wassermenge zu bestimmen. Beide miteinander multipliziert, zeigen uns, welche Leistung wir mit dem Bache zu vollbringen vermögen.

Der elektrische Strom gleicht einem dahinfließenden Bach. Wenn er durch eine Leitung hindurchströmt, so hat er eine gewisse Spannung, die dem Druck des Wassers entspricht, und eine gewisse, der Wassermenge vergleichbare „Stärke“.

Die Beziehungen der Pferdekraft zum Kilowatt sind einfach, 736 Watt oder 0,736 Kilowatt sind eine Pferdekraft in allen Ländern, in denen das metrische System eingeführt ist.

einer Pferdekraftstunde. Um uns den Begriff der Kilowattstunde etwas deutlicher vor Augen zu führen, möge hier die Tatsache angeführt sein, daß man, wenn nur sehr dünne Stöße zu nähern sind, eine Nähmaschine etwa 21 Stunden lang mit einer Kilowattstunde antreiben kann.

Briefkasten.

Zugstadt. K. W. Wird, weil nicht abgestempelt, nicht veröffentlicht.

Schulauke. P. R. Nichtabgestempelte Einsendungen dürfen wir nicht veröffentlichen.

Delmenhorst. W. W. Dein Gedicht ist zur Veröffentlichung in der Zeitung nicht geeignet.

Literarisches.

Die Sozialdemokratie und der Parlamentarismus. Heft 3 der im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, erschienenen Bibliothek: Der Klassenkampf des Proletariats.

Versammlungs-Anzeiger.

Berlin. Stellmacher. Branchenversammlung am Donnerstag den 25. Juni, abends 7/8 Uhr, im Hotelhof (großer Saal), Posthalterstraße 11/12.

Anzeigen.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Bahnhalle befindet sich bei Kollege Wittling, Weinstraßenstraße 37.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Stier, Schwabacherstraße 7 I. Etz. I.

Heinrich Hansen, Schreiner, geb. 22. 8. 89 in Büsch, Buchen, 425210, wird dringend ersucht, seine Adresse an die Zahlstelle

Alfred Reichardt, Modellstecher, sende eine wichtige Angelegenheit an Alb. Hent, Besenmacherstraße 27.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Zahlstelle Martinroda i. Thüringen. Sonntag den 28. Juni d. J.

Sommer- und Stiftungsfest bestehend in Konzert, Gesang, Festrede, Theater und Ball.

Tischler, auf Glasauflage und Tisch v. Klotter Arbeiter, in dauernde Stellung gesucht.

Maschinentischler mit sämtlichen Maschinen vertraut, erhält dauernde Arbeit.

Walthur Thurand, Zellerfeld, Harz. Ein tüchtiger Polierer für Gardinenrosetten sofort gesucht.

Robert Schönfeld, Holzwarenfabrik Bismarckwerda i. S. Ein durchaus tüchtiger Polierer auf Almahagoni kann sofort eintreten bei

Gustav Bühler, Spatzingen. Erfahre. Säger, der kundig ist im Schärfen u. Ausrichten v. Sägen, gleichviel welche

Tüchtiger Stellmacher findet dauernde, lohnende Beschäftigung.

2 tüchtige Holzdrehler finden dauernde und gutlohnende Arbeit bei

Tüchtiger Karlierer auf automatische Karliermaschine für Schildpatt und Zellulose per sofort gesucht.

Ein tüchtiger Kammschneider auf groben und feinen Bahn, sowie ein Dublierer nach Ober-Ramstadt gesucht.

Perfekte Kammbieger und Schleifer auf Schildpatt und Zellulose bei gutem Lohn auf dauernd sofort gesucht.

Korbmacher. Einige tüchtige Arbeiter auf geschlagene Reisefkörbe erhalten dauernde und lohnende Stellung bei

R. Wengler Kopenhagen, Korsgade 16. Korbmacher auf Reisefkörbe stellt bei dauernder Beschäftigung sofort ein

Suche sofort 2 tüchtige Korbmachergehilfen auf grüne Mattarbeit.

Korbmacher auf runde Reisefkörbe sofort gesucht.

Ein Korbmachergehilfe auf Großgeschlagene bei hohem Lohn für sofort gesucht.

Solider Vorarbeiter (unverheirateter bevorzugt), der im Holzwerk

so brauchen wir nur seinen Druck und die Wassermenge zu bestimmen.

Der elektrische Strom gleicht einem dahinfließenden Bach.

Die Beziehungen der Pferdekraft zum Kilowatt sind einfach.

Geübte Pfaffsamischer für dauernde und lohnende Beschäftigung gesucht.

2 tüchtig. Bohrer (durchschnittlicher Arbeitsverdienst 4,50 bis 5 Mark) auf sofort gesucht.

Schade & Co. Bleistift- und Pinselfabrik mit Dampfbetrieb

Suche sofort einen Holzschuh- und Pantoffelnagler für dauernde Beschäftigung.

Abziehsteine in nur bester Qualität, fein, mittel und grob ziehend, billig, liefert

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg

DETMOLO & GRÖSSTE TISCHLER-FACHSCHULE Programm frei.

Der Fachschulunterricht ist bis ins kleinste nachgeahmt in den Selbstunterrichtswerken

Hobelbänke für Tischler, Stellmacher u. Wirthbauer offerieren billig.

Sachblatt für Holzarbeiter Kunstgewerbe- und Sachzeitschrift Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband

Für Schreiner! Neu, mod. Möbelwerk, ca. 60 Zim, m. 800 Skizz., 1-10 farb. Räumungshalb. f. 3 Mk. abzugeh.

Paul Horn Politur- und Lack-Fabrik \* Hamburg 23 \*

Nach meinem durch zwei deutsche Reichspatente geschützten neuen Polierverfahren werden die

einmalige Porenfüllung man erspart Material, Zeit, Arbeit

erzielt: edlen unverfälschten, glanzartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes

vermeidet beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.

Ich versende zum Versuch ein Körbchen 1 Flasche Klarpolier-Politur-Estrakt zum

1 „ Neutral-Schellackpolitur-Estrakt zum Mittel und Feinpolieren

1 „ Klarpolitur zum Feinpolieren

1 „ Klarpolitur-Glanzlack, blond, mit den besten von Kiehlsteinen usw.

1 „ Klarpolitur-Glanzlack, blond, (Stuhlack, Drehsler, Tischlerlack)

1 „ Porenpulver, feinste Marke „Horn“

1 „ Porenpulver, gemischte Qualität „Horn-Horn“

1 „ Binsstein-Polierpulver, hellbraun

1 „ Ausfüllungsgläser Holzflächen

1 „ Holzschleiflack, 120x75x30 mm zum Ausarbeiten

Mein Lehrbuch über das Belzen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Wortwahl praktische

Empfohlen und abgedruckt beurteilt von: Prof. Dr. Hellmann-Dessau, Prof. Dr. Otto Lenczner